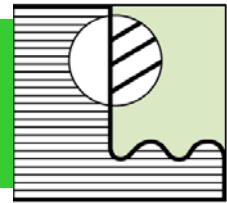


Gesellschaft für Ökosystemanalyse
und
Umweltdatenmanagement mbH

ÖKO-DATA



Stadt Strausberg
Lokale Agenda 21
Beirat Bauen und Umwelt



Nachhaltigkeitsbericht 2007

In Anlehnung an die Methodik und unter Nutzung
des textlichen Rahmens von „Projekt21 –
Einstieg in ein zyklisches Nachhaltigkeitsmanagement“, herausgege-
ben von ICLEI – Local Governments for Sustainability, Europasekre-
tariat, Freiburg 2004

Das Projekt wurde gefördert vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg und der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung e. V. (ANU) im Rahmen der Aktion „Nachhaltige Entwicklung - Lokale Agenda 21 im Land Brandenburg“ durch Mittel aus der Konzessionsabgabe Lotto



ÖKO-DATA
Hegermühlenstraße 58
15344 Strausberg

Tel.: +49 3341 3901920
Fax: +49 3341 3901926
e-mail: information@oekodata.com
<http://www.oekodata.com>

Geschäftsführer:
Dr. sc. nat.
Hans-Dieter Nagel

Amtsgericht
Frankfurt/Oder
HRB 5942

Sparkasse MOL
BLZ 170 540 40
Konto 3000573029

Impressum:

Stadt Strausberg
Lokale Agenda 21

Nachhaltigkeitsbericht 2007

(In Anlehnung an die Methodik und unter Nutzung des textlichen Rahmens von „Projekt21 – Einstieg in ein zyklisches Nachhaltigkeitsmanagement“, herausgegeben von ICLEI – Local Governments for Sustainability, Europasekretariat, Freiburg 2004)

Projektnehmer: Stadtverwaltung Strausberg

Projektleitung: Dr. sc. Hans-Dieter Nagel; ÖKO-DATA GmbH / Beirat Bauen und Umwelt der Lokalen Agenda 21 Strausberg,

Bearbeiter: Dr. Gerold Fierment, Juliane Kokoscha, Dr. sc. Hans-Dieter Nagel (in Kooperation mit Thomas Elsner und Ortwin Grau; Fachgruppe Stadtplanung der Stadtverwaltung Strausberg)

Strausberg, Februar 2008

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort	4
2	Beschreibung der Methode	8
3	Grundbedürfnisse im Spiegel einer nachhaltigen (zukunftsfähigen) Entwicklung: Ziele und Indikatoren	9
3.1	Wohnen	9
3.1.1.1	Wohnen bei möglichst geringer Lärmbelastung	9
3.1.1.2	Sparsamer Umgang mit Flächen	11
3.1.1.3	Möglichst energiesparendes Wohnen	12
3.1.1.4	Erschwinglicher Wohnraum für möglichst alle	14
3.1.1.5	Möglichst geringe Kriminalität	16
3.1.2	Gesamtbewertung Wohnen	17
3.2	Mobilität	18
3.2.1.1	Möglichst klimafreundliche Mobilität	19
3.2.1.2	Zugang zu zentralen Einrichtungen für möglichst alle	20
3.3	Einkommen	23
3.3.1.1	Möglichst umweltschonende Produktion und Beschäftigung	24
3.3.1.2	Möglichst flächensparende Arbeitsplätze	25
3.3.1.3	Zugang zu Verantwortung und Einfluss	26
3.3.1.4	Zugang zu selbst erwirtschaftetem Einkommen für möglichst alle	28
3.3.2	Gesamtbewertung Einkommen	33
3.4	Versorgung	33
3.4.1.1	Konsum mit möglichst geringem Material- und Ressourcenverbrauch	34
3.4.1.2	Konsum möglichst ohne Ausbeutung ärmerer Länder	38
3.4.1.3	Möglichst hohe Betreuungsqualität für Kinder	39
3.4.2	Gesamtbewertung Versorgung	41
3.5	Freizeit und Bildung	42
3.5.1.1	Möglichst hoher Erholungswert der örtlichen Landschaft und Schutz örtlicher Naturflächen	43
3.5.1.2	Energiesparen bei Bildung und Freizeitgestaltung	48
3.5.1.3	Möglichst hohe Integration benachteiligter Gruppen	52
3.5.2	Gesamtbewertung Freizeit und Bildung	53
4	Wiedererhebungsintervalle der Indikatoren	
5	Schlusswort und Ausblick	55
6	Literatur- und Quellenverzeichnis	56

1 Vorwort

Die Stadtverordnetenversammlung von Strausberg beschloss am 29.11.2001 die „Lokale Agenda 21 der Stadt Strausberg“ mit der Zielstellung, die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen in der Stadt mit der langfristigen und nachhaltigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Übereinstimmung zu bringen¹. Der Beschlussfassung ging eine eingehende Diskussion zu dem von der Stadtverwaltung erarbeiteten und veröffentlichten Entwurf der Lokalen Agenda voraus, wozu mehrere thematische Arbeitsgruppen installiert worden waren.

In Umsetzung der Lokalen Agenda 21 beschloss der Agenda-Beirat für Bauen und Umwelt der Stadt Strausberg in seiner 16. Beratung am 07.11.2007, ein Projekt zur Erfassung und Bewertung von Kennziffern einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung Strausbergs durchzuführen. Die Ergebnisse werden in diesem Nachhaltigkeitsbericht mit Vorschlägen für eine nachhaltige Entwicklung der Lebensbereiche in der Stadt zusammengefasst und dargestellt.

Die Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. Sie wurde auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (Rio de Janeiro, 1992) von rund 180 Staaten – darunter die Bundesrepublik Deutschland – verabschiedet. Agenda (lat.) bedeutet „das, was zu tun ist“. Die Agenda 21 von Rio beschreibt Leitbilder und Handlungsfelder zur Lösung der ökologischen und sozialen Weltprobleme und steckt Lösungsstrategien für eine weltweite nachhaltige Entwicklung ab. Das betrifft die Bereiche Soziales und Wirtschaft, Schutz und Nutzung der natürlichen Ressourcen, die Möglichkeiten der Umsetzung der Agenda und – erstmals in einer internationalen Erklärung der Regierungen – auch die Rolle wichtiger Gruppen dabei, wie Frauen, Kinder und Jugendliche, nichtstaatliche Organisationen, Kommunen, Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Privatwirtschaft (ÖKO-DATA, 2007).

Der UN-Gipfel für Nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg bestätigte, dass die Agenda 21 auch weiterhin als Richtschnur gelten muss, um wirtschaftliche Entwicklung und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang zu bringen (siehe www.la21bb.de²).

Unter dem Motto „Global denken, lokal handeln“ wurden in vielen Städten und Gemeinden Aktionsbündnisse (Lokale Agenden) ins Leben gerufen, die - angeregt von den globalen Zielsetzungen - konkrete Maßnahmen für den eigenen Handlungs- und Verantwortungsbereich abgeleitet und festgeschrieben haben, um eine nachhaltige Entwicklung vor Ort zu befördern.

Die UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung charakterisierte den Begriff „nachhaltige Entwicklung“ (sustainable development) als "Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können" (1987, "Brundlandt-Bericht", benannt nach der Kommissionsvorsitzenden Gro Harlem Brundtland in „Unsere gemeinsame Zukunft“, Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, 1988)

Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Zukunftsfähig wirtschaften bedeutet also: Wir müssen unseren Kindern und Enkelkindern ein intaktes ökologisches, soziales und

¹ Amtsblatt für die Stadt Strausberg Nr. 10, Jahrgang 10. In: Neue Strausberger Zeitung vom 21.12.2001, S. 6

² Internetportal NiBB-Scout - Nachhaltigkeit in Brandenburg

ökonomisches Gefüge hinterlassen. Wirtschaftlicher Fortschritt, soziale Gerechtigkeit und eine intakte Natur bedingen einander und so ist das eine ohne das andere nicht zu haben. Nicht von ungefähr leiten sich Ökonomie und Ökologie vom gleichen Wortstamm ab, dem griechischen Wort „oikos“, das Haus. Und so beschreibt die Ökonomie die Haushaltsführung der Gesellschaft, während die Ökologie die Wechselwirkungen und Zusammenhänge im Naturhaushalt beschreibt.

Im November 2005 legte das Land Brandenburg 15 Regionale Wachstumskerne fest, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale in den kommenden Jahren in besonderem Maße unterstützt werden sollen. Die Auswahl und die räumliche Schwerpunktsetzung wurde Ende 2006 noch einmal ausdrücklich bestätigt. Diese 15 Regionalen Wachstumskerne wurden von der Landesregierung bereits Anfang 2006 aufgefordert, Standortentwicklungskonzepte (im folgenden STEK) zu erarbeiten.

Den Städten der Regionalen Wachstumskerne sowie den Stadtumbaustädten im Land Brandenburg wurde vom Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung (MIR) ergänzend nahe gelegt, bis Mitte 2007 Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (im folg. INSEKs) zu erstellen.

In dem STEK bzw. dem INSEK sollen die Schlüsselprojekte zur Stärkung der Branchenschwerpunkte und der Verbesserung der Standortrahmenbedingungen sowie für die Stadt- und Infrastrukturentwicklung in einem Zeitraum bis ca. 2020 präzisiert werden. Die Konzepte bieten die Grundlage für den Einsatz öffentlicher Mittel in den kommenden Jahren. Ergänzend sollen die Förderprogramme verschiedener Ressorts auf die Integrierten Stadtentwicklungskonzepte abgestimmt werden.

Strausberg ist mit rd. 26.500 Einwohnern größte Stadt im östlich von Berlin gelegenen Landkreis Märkisch-Oderland. Außerhalb des rund um Berlin führenden Autobahnringes A10 gelegen, zählt Strausberg noch zum engeren Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg. Die Entfernung bis zur Berliner Stadtgrenze beträgt knapp 20 km. Die Verflechtungen mit Berlin sind intensiv; auf Grund der recht großen Entfernung bis zur Berliner Stadtgrenze bzw. in das Berliner Zentrum aber weniger ausgeprägt als zum Beispiel in Oranienburg, Bernau und Teltow. Zwischen Strausberg und der Berliner Stadtgrenze liegen, mit Petershagen- Eggersdorf, Fredersdorf-Vogelsdorf und Neuenhagen, wachsende Gemeinden. Auf Grund der guten ÖPNV-Verbindung (S-Bahn, Regional-Bahn) ist Strausberg als Wohnstandort für in Berlin berufstätige Pendler attraktiv. Strausberg nimmt für den Landkreis Märkisch-Oderland eine wichtige Funktion als zentraler Ort und größte Stadt ein (INSEK, 2007³).

³ Wirtschaftsorientiertes Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Stadt Strausberg. complan Gesellschaft für Kommunalberatung, Planung und Standortentwicklung mbH, Potsdam 2007

Nachhaltigkeitsbericht 2007
Lokale Agenda der Stadt Strausberg



Lage von Strausberg, Grundlage: Topographische Karte 1:25.000 des Landesvermessungsamts Brandenburg, 1. Aufl. 1998

Die Stadt Strausberg wurde im Jahr 2005 nicht als Regionaler Wachstumskern ausgewiesen; gleichwohl hat die Stadt Strausberg gemeinsam mit anderen Städten und Gemeinden an dem Standortentwicklungskonzept „Zukunftsraum Östliches Berliner Umland“ mitgearbeitet, um die konzeptionellen Voraussetzungen zur Ausweisung als Regionaler Wachstumskern zu erfüllen. Strausberg nimmt ebenfalls nicht am Stadtumbauprogramm des Landes Brandenburg teil. Somit erging an die Stadt landesseitig keine Aufforderung zur Erarbeitung eines INSEK. Aus kommunaler Sicht besteht daher eine Benachteiligung insofern, dass die Stadt zukünftig nicht bzw. unterdurchschnittlich von EU-, Bundes- und Landesprogrammen zur Stärkung der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung profitieren kann.

Vor diesem Hintergrund beschloss die Stadt Strausberg im Sommer 2006, ein „Wirtschaftsorientiertes Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)“ erarbeiten zu lassen, das im Mai 2007 fertig gestellt wurde.

Die Stadt Strausberg hat in den letzten 16 Jahren neben der Entwicklung als Mittelzentrum und zum Dienstleistungs- und Behördenstandort eine beachtliche Entwicklung ihrer touristischen Potentiale erlebt. Dabei ist eine mittelständisch ausgerichtete Gewerbestruktur in der Tourismusbranche entstanden, die sich zum großen Teil am Tourismus und seiner Wertschöpfung ausrichtet.

Im Jahr 2004 haben deshalb die Stadtverordneten die Stadtverwaltung beauftragt, die notwendigen Schritte zur Erlangung der staatlichen Anerkennung als „Erholungsort“ einzuleiten. Das Prädikat bietet die Voraussetzung für die Definition und nachfolgende Umsetzung weiterer Entwicklungspotenziale für den Tourismus, der Arbeitsplätze und Nebenerwerbseinkommen. Eine Grundlage des Anerkennungsverfahrens ist die Vorlage einer Erholungsortkonzeption, die bis Juli 2007 entworfen wurde und bewusst sehr eng an das INSEK angelehnt ist. Am 06.09.2007 stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Erholungsortkonzeption der Stadt Strausberg zu und beauftragte den Bürgermeister, die darin enthaltenen Entwicklungsvorstellungen in die Planung der Haushalte der nächsten Jahre einzuordnen.

Da sich das INSEK hauptsächlich auf die Wirtschaftsentwicklung im Raum Strausberg bezieht und die Erholungsortkonzeption wiederum eng an das INSEK geknüpft ist, bestand aus Sicht der Lokalen Agenda 21 Strausberg Nachholbedarf im Nachhaltigkeitsbereich bezüglich der Integration der sozialen und ökologischen Dimension nachhaltiger Entwicklung im Sinne der Agenda 21.

Von diesem Grundgedanken ausgehend, wurde die Gesellschaft für Ökosystemanalyse und Umweltdatenmanagement mbH (ÖKO-DATA) in Strausberg, deren Mitarbeiter auch in der Lokalen Agenda 21 ehrenamtlich engagiert sind, als Bearbeiter dieses Projektes ausgewählt, das im Rahmen der Aktion „Nachhaltige Entwicklung - Lokale Agenda 21 im Land Brandenburg“ durch das MLUV und die ANU Brandenburg⁴ gefördert wird.

⁴ MLUV: Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz; ANU: Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung

2 Beschreibung der Methode

Als Anregung und Vorbild diente das „Projekt 21 – Nachhaltigkeit messen und konsequent handeln“ aus Rheinland-Pfalz, dessen erster Schritt die Erarbeitung eines Nachhaltigkeitsberichtes darstellt. Herausgeber der Anleitung für den Nachhaltigkeitsbericht ist der Internationale Rat für kommunale Umweltinitiativen (ICLEI, 2004). Nach dieser Anleitung wurden Indikatoren erhoben, zusätzlich wurden aber für die Stadt Strausberg speziell wichtige, relativ einfach zu erhebende Indikatoren bestimmt. Einige Daten konnten bereits 2004 im Umfang des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ erhoben werden, an dem Strausberg erfolgreich (Platz 8 von 26 in ihrer Wettbewerbsgruppe) teilnahm.

Der Nachhaltigkeitsbericht ist in fünf Kapitel gegliedert, die den fünf Grundbedürfnissen „Wohnen“, „Mobilität“, „Einkommen“, „Versorgung“ und „Freizeit und Bildung“ entsprechen. Es wird überprüft, ob bei der Erfüllung der Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger der Schutz der gemeinsamen Güter (Schutzgüter: Wasser, Boden, Luft, globale Verantwortung, Chancengleichheit, soziale Infrastruktur) gewährleistet ist. Zu jedem Grundbedürfnis wurden mindestens zwei Indikatoren zur Bewertung herangezogen. Die Indikatoren dienen der Erfolgsmessung von Zielen, die beispielhaft wichtige Aspekte der Bedürfnisbefriedigung der Bürger (bei Schutz der gemeinsamen Güter) abdecken sollen.

Berücksichtigt werden musste, ob aktuell Daten für die Stadt oder (falls nicht möglich) für den Landkreis MOL verfügbar sind.

Nachhaltigkeitsziele

Schutzgüter	Wasser, Boden, Luft	Fläche	Globale Verantwortung	Chancengleichheit	Soziale Infrastruktur/Sicherheit
Grundbedürfnisse					
Wohnen	Wohnen bei möglichst geringer Lärmbelastung	Sparsamer Umgang mit Flächen	Möglichst energiesparendes Wohnen	Erschwinglicher Wohnraum für möglichst alle	Möglichst geringe Kriminalität
Mobilität			Möglichst klimafreundliche Mobilität		Zugang zu zentralen Einrichtungen für möglichst alle
Einkommen	Möglichst umweltschonende Produktion und Beschäftigung	Möglichst flächensparende Arbeitsplätze		Zugang zu Verantwortung und Einfluss für benachteiligte Gruppen	Zugang zu selbst erwirtschaftetem Einkommen für möglichst alle
Versorgung	Konsum mit möglichst geringem Materialverbrauch		Konsum möglichst ohne Ausbeutung ärmerer Länder		Möglichst hohe Betreuungsqualität für Kinder
Freizeit und Bildung		Möglichst hoher Erholungswert der Landschaft und Schutz der Naturflächen	Energiesparen bei Bildung und Freizeitgestaltung	Möglichst hohe Integration benachteiligter Gruppen	

3 Grundbedürfnisse im Spiegel einer nachhaltigen (zukunftsfähigen) Entwicklung: Ziele und Indikatoren

3.1 Wohnen

Ein Dach über dem Kopf zu haben ist neben der Ernährung ein Grundbedürfnis der Menschen. In Deutschland haben fast alle Menschen ein festes Zuhause, und damit einen Rückzugsraum für sich und ihre Familie. Sozial- und Umweltstandards in der Qualität der Wohngebäude gewinnen heutzutage mehr und mehr an Bedeutung. Wohnen ist aber mehr: Es ist der Mittelpunkt unserer persönlichen Lebensqualität und zugleich Ausdruck unseres individuellen Lebensstils. Kommunen haben durch ihre Planungshoheit einen großen Einfluss auf das Wohnen vor Ort. Über Planungen zu Flächennutzung, Bebauung und Verkehr treffen sie grundlegende Entscheidungen über die Verteilung von Siedlungs- und Gewerbeflächen und die Erreichbarkeit und Qualität von Gebäuden. Ebenso haben sie auch mittelbaren Einfluss auf die Immobilien- und Mietpreise vor Ort.

Eine nachhaltige Gestaltung des Wohnens vor Ort bedeutet vor allen Dingen, die Balance zwischen Flächenverbrauch und der erschwinglichen Erfüllung individueller Wohnwünsche zu wahren. Für das Wohlbefinden der Bürger spielt auch die objektive und die gefühlte Sicherheit eine große Rolle.

Ziele sind daher

- Wohnen bei möglichst geringer Lärmbelastung
- Sparsamer Umgang mit Flächen
- Möglichst energiesparendes Wohnen
- Erschwinglicher Wohnraum für möglichst alle
- Möglichst geringe Kriminalität

Ziele und Indikatoren

3.1.1.1 Wohnen bei möglichst geringer Lärmbelastung

Umgebungslärm mindert die Lebensqualität und gefährdet bei Überschreitung von Grenzwerten die menschliche Gesundheit. Im Land Brandenburg werden in 158 Städten und Gemeinden für Hauptverkehrsstraßen mit hoher Verkehrsbelastung (> 16.000 Kfz/Tag) durch das Landesumweltamt (LUA) Lärmkarten erstellt und Daten zur Charakteristik der Lärmsituation ermittelt. Auch die Stadt Strausberg ist in diese Maßnahmen einbezogen. Empfohlen wird vom LUA ein gesamtstädtischer Planungsansatz, durch den „bei rechtzeitiger Abstimmung der verschiedenen städtischen Planungsziele umfangreiche Synergieeffekte genutzt werden (können). Die Praxis beweist, dass Lärminderungsmaßnahmen bei der Umsetzung nicht nur im Hinblick auf den Lärm wirken, sondern immer auch in Bezug auf mehrere städtische Planungsziele positive Wirkung entfalten“ (LUA 2007)⁵.

⁵ MLUV: Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz/Landesumweltamt Brandenburg: Umweltdaten aus Brandenburg. Bericht 2007

Indikator: Äquivalenter Dauerschallpegel (von 65 dB (A) tags bzw. 55dB (A) nachts)

Das LUA empfiehlt für die Entscheidung über die Aufstellung eines Lärmaktionsplanes die o.g. Prüfwerte, bei deren Überschreitung bei dauerhafter Exposition gesundheitliche Beeinträchtigungen der betroffenen Menschen nicht mehr auszuschließen sind. Bei Lärmkonflikten kann auch bei niedriger Lärmbelastung eine Lärmaktionsplanung sinnvoll sein.

Beschreibung und Interpretation:

Lärmbelastete Wohnbereiche in Strausberg mit Prüfwertüberschreitung der Dauerschallpegel sind in den Lärmkarten des LUA⁶ ausgewiesen. Aus der Kartendarstellung ist ersichtlich, dass im Gebiet der Berliner Straße nördlich des Abzweigs Altlandsberger Chaussee bis (etwa) zur Tram-Haltestelle Elisabethstraße und in der Altlandsberger Chaussee in südlicher Verlängerung der Umgehungsstraße bis (etwa) zur Einmündung der Garzauer Chaussee die o.g. jeweiligen Prüfwerte der Schallpegel sowohl tags als auch nachts dauerhaft überschritten werden. Das sind circa 2,5 km des Gesamtstraßennetzes von Strausberg. Von der Prüfwertüberschreitung am Tage sind insgesamt 516, in der Nacht 665 Personen betroffen⁷. Anhaltende Lärmbelastung weisen aber auch weitere Stadtbereiche auf.

Die Stadtverwaltung ist sich des Problems der Lärm- und anderer Emissionsbelastungen verursachenden, zu dichten Verkehrs durch die Stadt bewusst und setzt sich für die Planung und Realisierung von weiteren Umgehungsstraßen ein, die Durchgangsverkehre aus der Innenstadt fernhalten würden. Konkret geht es um die „Ortsumfahrung Strausberg/Hennickendorf“, im INSEK von Strausberg als „prioritäre Maßnahme mit Unterstützungsbedarf“ ausgewiesen und beantragt zur Aufnahme in den Landestraßenbedarfsplan.

Die Stadt Strausberg weist gegenüber dem für die Verkehrswegeplanung zuständigen Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung darauf hin, dass vom Landesumweltamt zwei Straßenabschnitte mit einem durchschnittlichen täglichen Verkehr von > 16.000 Kfz/ Tag hochgerechnet wurden. „Diese unterliegen damit der ersten Stufe zur Umsetzung von Strategien für Lärmaktionspläne (§ 47e BImSchG und § 12 ImSchZV – Brandenburg). Dabei handelt es sich zum einen um den Abschnitt der Altlandsberger Chaussee zwischen Garzauer Straße und Umgehungsstraße und zum anderen um den Abschnitt der Ernst- Thälmann-Straße ab Kreuzung Garzauer Straße, Berliner Straße, August- Bebel- Straße Wallstraße, An der Stadtmauer bis zur Kreuzung Müncheberger Straße⁸.

Die o.g. Empfehlung des LUA, bei der weiteren Lärminderungsplanung (es gibt einen Lärminderungsplan von 1996) einen gesamtstädtischen Ansatz zu wählen, kann nur unterstützt werden. Das wäre auch im Hinblick auf den angestrebten Status eines Erholungsortes für die Stadt Strausberg förderlich, zumal die Strausberger Werbung als eine „grüne Stadt am See“ begrifflich mit „Ruhe“ assoziiert ist.

⁶ Strategische Lärmkarte gemäß Richtlinie 2002/49/EG. Stadt Strausberg. Überschreitung $L_{DEN} = 65\text{dB (A)}$, http://luaplms01.brandenburg.de/laermkart_www/pdf/12064472TU.pdf

Strategische Lärmkarte gemäß Richtlinie 2002/49/EG. Stadt Strausberg. Überschreitung $L_{NIGHT} = 55\text{dB(A)}$, http://luaplms01.brandenburg.de/laermkart_www/pdf/12064472NU.pdf

⁷ Bericht zu den Lärmkarten für die Stadt Strausberg; Stadtverwaltung Strausberg (Mitteilung O. Grau, 2007)

⁸ Schreiben des Fachbereichs Stadtplanung und Bautechnik an das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung vom 28.12.07

3.1.1.2 Sparsamer Umgang mit Flächen

Die Eindämmung des Flächenverbrauchs für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist eine der wesentlichen Herausforderungen für Kommunen in Deutschland. Durch die Errichtung von Einkaufszentren, Eigenheimen und damit verbundener Verkehrsinfrastruktur auf der so genannten „Grünen Wiese“ werden deutschlandweit täglich etwa 105 Hektar Freifläche überbaut. Dadurch werden die vielfältigen Funktionen der Ressource Boden – Lebensraum für Pflanzen und Tiere, Ausgleichsfaktor für das Stadtklima, Hochwasserschutz und Wasserhaushalt – dauerhaft beeinträchtigt. Eine zeitgemäße Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung sollte eine intensivere Nutzung bereits erschlossener Flächen anstreben und versuchen, den Anstieg des Flächenverbrauchs zu begrenzen.⁹

Indikator 1: Baulandzunahme / Ew

Der Indikator zeigt, ob die Bevölkerungsentwicklung und Flächeninanspruchnahme in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Der erste Indikatorwert wurde aus der Teilnahme der Stadt Strausberg am Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ (2004) übernommen. Die Stichtage für die einbezogene Zeitspanne waren hier der 01.01.1998 und der 31.12.2002. Die Baulandzunahme vom 01.01.2001 bis zum 31.12.2005 wurde durch die Stadtverwaltung zugesandt und von ÖKO-DATA neu berechnet (Zunahme der Quadratmeter durch gemittelte Einwohnerzahl).

Verlauf:

Baulandzunahme je Einwohner in Strausberg in zurückliegenden fünf Jahren

Jahr (Spanne)	m²/Ew
(01.01.)1998 – (31.12.)2002	4,51
(01.01.)2001 – (31.12.)2005 ¹⁰	2,85

Beschreibung:

Deutschlandweit wird das Ziel verfolgt, bis 2020 die Flächeninanspruchnahme von 106 ha pro Tag (2006) auf 30 ha pro Tag zu reduzieren.¹¹

2004 erreichte die Stadt Strausberg im Wettbewerb von 23 beteiligten, vergleichbaren Kommunen bei dem Indikator Baulandzunahme(m²/Ew) für die Zeitspanne 1998 - 2002 mit Rang 8 einen vorderen bis mittleren Platz.

Bei der Neuerschließung zwischen 2001 und 2005 handelt es sich um Gewerbeflächen Gewerbegebiet Flugplatz Strausberg. Die verringerte Zunahme von ausgeschriebenem Bauland ist (aus Sicht der Flächeninanspruchnahme) positiv zu werten.

⁹ „Nachhaltigkeit messen und konsequent handeln – Der Nachhaltigkeitsbericht“, ICLEI (Hrsg.), 2004

¹⁰ E-Mail-Kontakt mit Herrn Grau, Stadtverwaltung Strausberg, zuständig für Stadterneuerung/vorbereitende Bauleitplanung

¹¹ Umweltbundesamt – für Mensch und Natur (UBA), Dezember 2007

Indikator 2: Wiedernutzung der Brachflächen

Die Wiedernutzung von Brachflächen ist eine Vermeidung von (zusätzlichem) Flächenverbrauch. Gemessen wird der Anteil der städtischen Brachflächen über einem halben Hektar, die einer Wiedernutzung zugeführt wurden, an der gesamten Fläche der städtischen Brachen über einem halben Hektar. Der Indikator wurde ebenfalls aus der Teilnahme der Stadt Strausberg am Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ (2004) übernommen.

Verlauf:

Anteil wieder genutzter Brachflächen in Strausberg in den vergangenen fünf Jahren

Jahr	wieder genutzte Brachen in %
(01.01.)1998 – (31.12.)2002	35,05

Beschreibung:

Die Stadt Strausberg erreichte im Wettbewerb von 15 beteiligten, vergleichbaren Kommunen (Bericht 2004) mit Rang 9 einen mittleren Platz. 35 % Wiedernutzung von Brachflächen bedeutet andererseits, dass noch ein erheblicher Anteil der Brachflächen für Nutzungen zur Verfügung steht.

Des Weiteren wurde zwischen 01.01.2001 und 31.12.2005 ein Wohngebiet am westlichen Grenzweg von 3,4 ha Größe ausgewiesen. Hier wurde jedoch nicht eindeutig festgestellt, ob es sich um eine Brachfläche handelte oder eine Grünfläche.

Änderungsverfahren bei Bebauungsplänen und Bebauungspläne, die ihre Wirksamkeit im Bestand entfalten (Innenbereichsbebauungspläne) wurden nicht mit in die Kategorie "Neuausweisung" mit einbezogen und sind demnach nicht in der Berechnung enthalten.

3.1.1.3 Möglichst energiesparendes Wohnen

Der Gebäudebereich ist für etwa 30% des Energieverbrauchs in Deutschland verantwortlich, etwa ein Fünftel der Kohlendioxidemissionen entstehen durch das Heizen. Dass energieeffiziente Gebäude also wesentlich zur globalen Verantwortung für den Klimaschutz beitragen, liegt auf der Hand.

In der „Bauherrenbroschüre – Empfehlungen zur Anlage und Gestaltung von Einfamilienhäusern in der Stadt Strausberg 2007“ wird darauf hingewiesen, dass die Nutzung von Sonnenenergie in Strausberg ausdrücklich empfohlen wird. Die Broschüre enthält außerdem Erläuterungen zum Bau von Solaranlagen, Informationen zu Wärmepumpen und Wärmedämmung, Regenwassernutzung, Dach- und Fassadenbegrünung, sowie zu biologischen Baustoffen. Die Broschüre geht auf eine Anregung des Lokalen Agenda-Beirates Bauen und Umwelt zurück und ist ein erster Schritt in Richtung energiesparendes Wohnen.

Indikator 1: Anteil energieeffizienter Gebäude max. 60 (Neubau) bzw. 80 (Altbau) kWh/m² und Jahr

Beschreibung:

Daten zu diesem Indikator der Energieeffizienz liegen in der Stadtverwaltung von Strausberg bislang nicht vor. Gemäß Energiesparverordnung müssen für alle öffentlichen und Nichtwohngebäude ab dem 01.07.2009 Energieausweise vorliegen. Energieausweise werden auf der Grundlage des berechneten Energiebedarfs oder des gemessenen Energieverbrauchs ausgestellt, sie haben eine Gültigkeitsdauer von 10 Jahren. Dies betrifft auch alle kommunalen Einrichtungen der Stadt Strausberg ab 1.000 m². Die Energieausweise sind dann in den kommunalen Einrichtungen an gut sichtbarer Stelle auszuhängen. Die Erstellung der Ausweise soll in Strausberg zum Anlass genommen werden, gezielte Maßnahmen zur Energieeinsparung einzuleiten. Durch diese Einsparungen sollen der Heiz-, Strom- und Wasserverbrauch gesenkt und die Umwelt entlastet werden. Die Grundlagenermittlung soll Anfang dieses Jahres beginnen und noch 2008 abgeschlossen sein. Des Weiteren soll im Zusammenhang mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Energieeinsparung und dem Einsatz regenerativer Energien ein Konzept für die Stadt Strausberg erarbeitet werden, welches nicht nur die Einrichtungen der Stadt Strausberg betrachtet, sondern auch Möglichkeiten der Umsetzung gemeinsam mit den städtischen Gesellschaften darstellt.¹²

Der Agenda-Beirat Bauen und Umwelt hat die Stadtverwaltung gebeten, jährlich einen Fortschrittsbericht hinsichtlich der Energieausweise in kommunalen Gebäuden zu geben¹³.

Die Verfasser schlagen vor, die Berichterstattung auch auf die Liegenschaften der großen Wohnungsunternehmen der Stadt zu erweitern.

Indikator 2: CO₂-Freisetzung bei der Stromerzeugung in der Kommune

Beschreibung:

In Brandenburg wird der elektrische Strom zu einem großen Teil in Großkraftwerken aus Braunkohle erzeugt. Damit ist durch Verbrennung des Kohlenstoffs eine hohe Freisetzung von klimaschädlichem CO₂ verbunden. Die CO₂-Freisetzung bei der Stromerzeugung kann durch Verwendung von Erdgas als Energieträger – da die Brenngase einen hohen Anteil Wasserstoff enthalten - und die Kraft-Wärme-Kopplung (höherer Wirkungsgrad) verringert werden.

Die Stadtwerke Strausberg erzeugen **63 %** des in Strausberg verbrauchten Stromes aus Erdgas mit **Kraft-Wärme-Kopplung**.

Die **CO₂-Emission** durch den Energiemix der Stadtwerke beträgt **345 g/kWh**. Das sind nur **67,7 % des bundesweiten Durchschnitts von 514 g/kWh**.

Der Anteil von Atomstrom beträgt 4,7 % (bundesweiter Durchschnitt: 28,9 %). Erneuerbare Energien haben einen Anteil von 9,6 % (bundesweiter Durchschnitt 11,1 %)¹⁴.

¹² Neue Strausberger Zeitung, 18.01.08, Nr. 1, 17. Jahrgang, „Energieausweise für kommunale Einrichtungen und ein gesamtstädtisches Konzept zum Einsatz regenerativer Energien“, S. 2

¹³ Festlegungsprotokoll der 16. Beratung des Lokale Agenda-Beirates Bauen und Umwelt am 07.11.2007

Festzustellen ist jedoch, dass der o.g. 9,6 %-Anteil erneuerbarer Energie am Energiemix der Stadtwerke zum größten Teil nicht in Strausberg erzeugt wird. Durch EEG-Anlagen (Solar-energie) wurden bis 31.12.2006 in Strausberg nur 41.785 kWh eingespeist.

Von der Zielstellung in der Lokalen Agenda 21 von Strausberg, „Erhöhung des Anteils der durch erneuerbare Energieträger erzeugten Wärme- und Energiemenge **auf 10 % im Stadtgebiet bis 2010** im Vergleich zu 1995“ ist die Stadt noch entfernt.

3.1.1.4 Erschwinglicher Wohnraum für möglichst alle

Wohnraum wird in vielen Gegenden Deutschlands immer teurer; von Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt zum Beispiel für Familien kann nicht die Rede sein. Der örtliche Mietpreisindex gibt Hinweise darauf, ob die notwendigen Aufwendungen für Wohnraum angemessen sind.

Indikator: Durchschnittlicher örtlicher Mietpreis (Mietpreisindex)

Mit Hilfe der Mietspiegel von Strausberg aus den Jahren 2001 und 2005¹⁵ wurden die durchschnittlichen Nettokaltmieten errechnet. Dazu wurden die angegebenen Mietpreise gemittelt. Wichtig war in diesem Zusammenhang nicht, wie die Wohnungen ausgerüstet sind. Es zählte lediglich der Preis, da es zu erfassen galt, ob sich jeder Bürger Strausbergs eine Wohnung leisten kann. Der Mietspiegel von 2001 war in DM angegeben, das Ergebnis wurde mit dem Umrechnungskurs 1,95583 in Euro umgerechnet, um eine Vergleichsmöglichkeit zu schaffen.

Verlauf:

Durchschnittlicher Mietpreis/m² in Strausberg

Jahr	2001	2005
durchschnittlicher Mietpreis	7,96 DM/m ² = 4,07 €/m ²	4,14 €/m ²

Beschreibung und Interpretation:

Gegenüber 2001 stieg bis 2005 der durchschnittliche Mietpreis (unter den o.g. Voraussetzungen) um 1,7 %, veränderte sich also nur geringfügig.

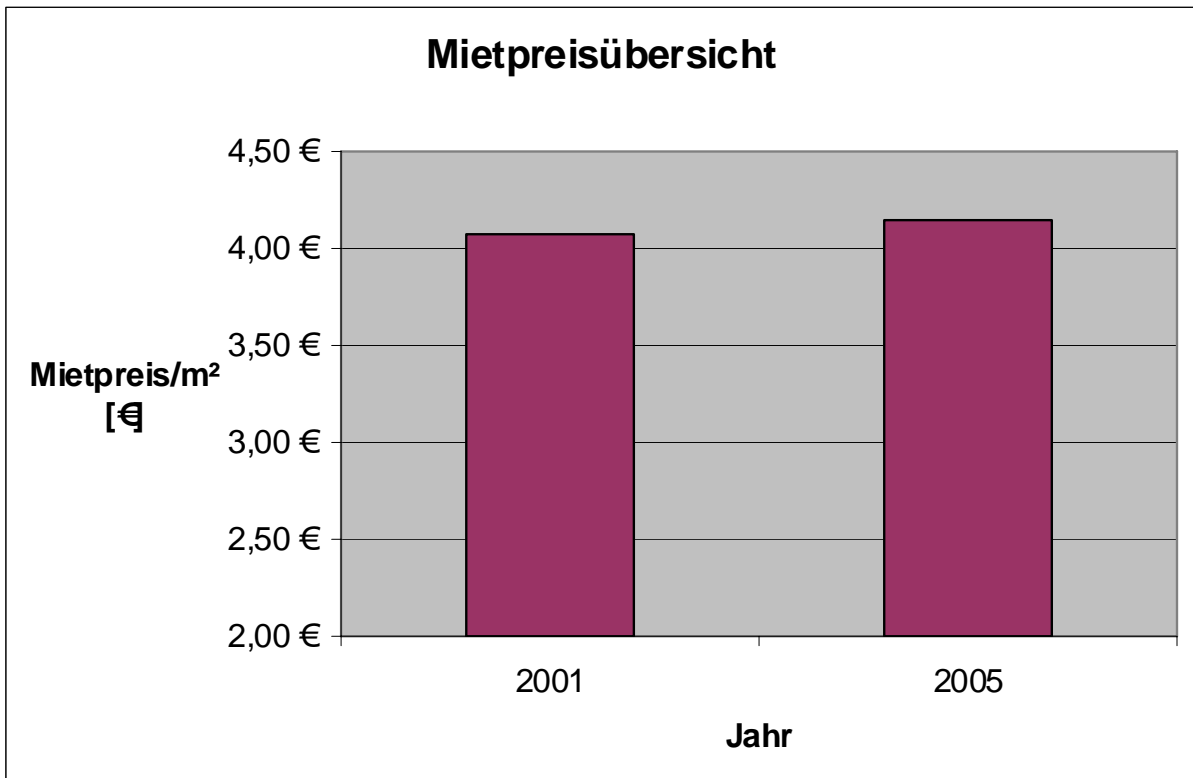
Zusätzlich wurden die preiswertesten und die teuersten Wohnungen verglichen:

Im Jahre 2001 war die preiswerteste Wohnung „Baujahr bis 1950“ mit einer Wohnfläche unter 40 m² in mittlerer Wohnlage, die nach 1990 teilsaniert wurde. Im Durchschnitt kostete eine

¹⁴ Bericht von Herrn Wunderlich (Fachgruppenleiter Wirtschaft in der Stadtverwaltung) zur Energieinitiative Strausberg /Stand der Umsetzung bei der Förderung erneuerbarer Energie in der 16. Beratung des Lokale Agenda-Beirates Bauen und Umwelt am 07.11.2007

¹⁵ erhältlich auf: <http://www.stadt-strausberg.de/content/rubrik/49> und <http://www.stadt-strausberg.de/stadt/mietspiegel3.pdf>,

derartige Wohnung 2001 4,55 DM/m², d.h. circa 2,33 €/m². Im Jahre 2005 kostete eine gleichartige Wohnung 2,37 €/m², ist also (nur) um circa vier Cent/m² teurer geworden.



Die teuerste Wohnung im Jahr 2001 war „Baujahr nach 1990“ mit einer Wohnfläche von 40-65 m² in guter Wohnlage, die nach 1990 voll ausgestattet wurde. Sie kostete 2001 12,60 DM/m², d.h. circa 6,44 €/m². Im Jahre 2005 kostete eine gleichartige Wohnung 6,56 €/m², ist also um circa 12 Cent/m² teurer geworden.

Im Durchschnitt stiegen die Wohnungspreise von 2001 zu 2005 um 0,07 €/m² an. Es sind also ausreichend Wohnungen zu einem günstigen Preis am Markt.

Zum Vergleich: In Berlin¹⁶ lag die durchschnittliche Nettokaltmiete 2005 bei 4,49 €/m². In Angermünde¹⁷ dagegen nur bei 3,84 €/m². Hier zeigt sich deutlich, dass Wohnungen, die im ländlich geprägten, berlinfernen Raum liegen – mit schlechteren Aussichten auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz – billiger sind.

Wichtig zu erwähnen ist, dass man immer preiswerter oder teurer wohnen kann, als im Mietspiegel angegeben. Die Wohnungsbaugesellschaften müssen sich nicht zwingend an den Mietspiegel halten. Außerdem werden private Vermieter, Wohnheime, Internate und preisgebundene Wohnungen vom Mietspiegel nicht erfasst. Ein Mietspiegel bietet aber die Möglichkeit, die Miethöhe im Rahmen ortsüblicher Entgelte eigenverantwortlich zu vereinbaren.

¹⁶ Berliner Mietspiegel 2005, http://www.mieterschutzbund-berlin.de/4_1.html

¹⁷ Angermünder Mietspiegel 2005, <http://www.angermuende.de/neu/buergerservice/mietspiegel.htm>

Zu vermerken ist außerdem, dass sich die Mietpreise zwischen 2004 und 2005 nicht verändert haben. Das zeigt der an den Mietspiegel aus dem Jahr 2001 angepasste Mietspiegel von 2004¹⁸.

3.1.1.5 Möglichst geringe Kriminalität

In einer sicheren Stadt zu wohnen, ist für viele Menschen eine wichtige Überlegung. Kaum jemand würde gern in eine Stadt mit hoher Kriminalität ziehen, erst recht nicht Familien. Strausberg ist jedoch dafür bekannt, familienfreundlich zu sein. Dazu gehört auch die objektive und auch subjektiv wahrnehmbare Sicherheit. Die Untersuchung der Entwicklung der Kriminalität in Strausberg im Vergleich zu Landkreis und Land zeigt, wie die Situation in der Stadt zu bewerten ist.

Indikator: Kriminalitätshäufigkeitszahl (Straftaten/1000 Ew im Jahr)

Für den Landkreis und das Land Brandenburg wird die Kriminalitätshäufigkeitszahl erfasst, das sind Straftaten pro 100.000 Einwohner und Jahr. Für Strausberg erfassten eigene Berechnungen sie laut Vorgabe als Straftaten je 1.000 Einwohner und Jahr.

Verlauf:

Kriminalitätshäufigkeitszahl in der Stadt Strausberg (Straftaten/1.000 Ew und Jahr), im Landkreis MOL und im Land Brandenburg (Straftaten/100.000 Ew und Jahr) bzw. umgerechnet und gerundet in [Straftaten /1000Ew und Jahr]

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Stadt Strausberg ¹⁹	126	117	126	144	128	123	129
LK MOL ²⁰	8.971 [90]	8.684 [87]	8.868 [89]	9.171 [92]	9.229 [92]	7.838 [78]	8.055 [81]
Land Brandenburg	9.849 [98]	9.475 [95]	9.422 [94]	9.515 [95]	9.303 [93]	8.868 [89]	8.704 [87]

Beschreibung und Interpretation:

In Strausberg lag die Kriminalitätshäufigkeitszahl von 2000 bis 2006 deutlich über der des Landkreises und des Landes.

Während im Land Brandenburg die Kriminalitätshäufigkeitszahl seit 2000 stetig und im Landkreis leicht zurückging, sind in der Stadt Strausberg bei dieser Kennziffer keine deutlichen Trends festzustellen: 2006 wurde in etwa wieder der Stand von 2000 erreicht, nachdem 2003 gegenüber 2000 ein Anstieg zu verzeichnen war.. Städtische Ansammlungen weisen jedoch generell eine höhere Kriminalität auf.

¹⁸ Angepasster Mietspiegel 2004, erhältlich auf

http://www.dasgrundeigentum.de/mietspiegel/msp_strausberg.pdf

¹⁹ nach den absoluten Zahlen von ÖKO-DATA berechnet

²⁰ Polizeiliche Kriminalstatistik 2004, 2006, erhältlich auf www.internetwache.brandenburg.de

Besonders starke Anstiege zeichnen sich bei Graffiti delikten (im Bereich der Polizeiwachen Strausberg, Bad Freienwalde, Neuenhagen bei Berlin und Seelow) ab. In den Polizeiwachen Strausberg, Neuenhagen bei Berlin und Seelow stieg außerdem die Anzahl der Betrugsdelikte an.

Aus Sicht der Polizei wird festgestellt: Durch die Strukturoptimierung der Kriminalpolizei (Evaluierung der Polizei²¹) sollen bis zu 400 Stellen in Brandenburg abgebaut werden, die für die Sicherheit der Bürger nicht mehr zur Verfügung stünden. Im Schutzbereich Strausberg stünden nicht einmal genug Beamte zur Vertretung kranker oder beurlaubter Polizisten zur Verfügung²². Die Kollegen übernahmen deren Arbeitsstunden, die Überstunden häuften sich. Das wirke sich negativ auf das Betriebsklima aus.

Ein Sicherheitsgefühl übertrage sich aber nur auf die Bürger, wenn Sicherheit wirklich sichtbar sei, wenn Sanktionen sofort auf Verstöße kämen und die Bürger die Polizei im öffentlichen Leben wahrnahmen. Dazu sei ausreichendes Personal eine Voraussetzung.

3.1.2 Gesamtbewertung Wohnen

Die Stadt Strausberg bietet ihren Bürgern hinsichtlich der Umweltbedingungen eine überwiegend gute Wohnqualität. Handlungserfordernisse wegen Belastungen durch Verkehrslärmimmissionen bestehen im Gebiet der Berliner Straße nördlich des Abzweigs Altlandsberger Chaussee bis (etwa) zur Tram-Haltestelle Elisabethstraße und in der Altlandsberger Chaussee in südlicher Verlängerung der Umgehungsstraße bis (etwa) zur Einmündung der Garzauer Chaussee. Das sind circa 2,5 km des gesamten Straßennetzes von Strausberg. Dort werden die Prüfwerte der Schallpegel sowohl tags als auch nachts dauerhaft überschritten. Von der Prüfwertüberschreitung am Tage sind insgesamt 516, in der Nacht 665 Personen betroffen²³. Lärmbelastungen weisen aber auch weitere Stadtbereiche auf. Planungen für Umgehungsstraßen sind auf die Abstellung dieser Probleme gerichtet. Die erfolgte Nutzung von Brachland bei der Ausweisung von Bauland (z.T. Konversionsflächen) ist ein Beitrag der Stadt zu einer sparsamen Inanspruchnahme von Freiraum.

Daten zum Anteil energieeffizienter Gebäude, max. 60 (Neubau) bzw. 80 (Altbau) kWh/m² und Jahr, liegen in der Stadtverwaltung von Strausberg bislang nicht vor. Zur Zeit werden alle kommunalen Gebäude mit einem Energiepass ausgestattet. Der Agenda-Beirat Bauen und Umwelt hat die Stadtverwaltung gebeten, jährlich einen Fortschrittsbericht hinsichtlich der Energiepässe in kommunalen Gebäuden zu geben²⁴. Die Verfasser schlagen vor, die Berichterstattung auch auf die Liegenschaften der großen Wohnungsunternehmen der Stadt zu erweitern. Die CO₂-Emission durch den Energiemix der Stadtwerke beträgt 345 g/kWh. Das sind nur 67,7 % des bundesweiten Durchschnitts von 514 g/kWh.

Wohnraum ist in Strausberg erschwinglich. Von 2001 bis 2005 stieg der durchschnittliche Mietpreis um 1,7 %, veränderte sich also nur geringfügig. Es sind ausreichend Wohnungen zu einem günstigen Preis am Markt.

Die Sicherheitslage für die Bürger von Strausberg war von 2000 bis 2006 durch eine Anzahl von Straftaten je Einwohner gekennzeichnet, die deutlich über dem Durchschnitt des Land-

²¹ <http://www.internetwache.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=319326>

²² Gespräch mit Herrn Trettin, Leiter des Schutzbereiches Strausberg der Polizei, 12.12.07

²³ Bericht zu den Lärmkarten für die Stadt Strausberg; Stadtverwaltung Strausberg (Mitteilung Herr Grau, 2007)

²⁴ Festlegungsprotokoll der 16. Beratung des Lokale Agenda-Beirates Bauen und Umwelt am 07.11.2007

kreises und des Landes lag. Städtische Ansammlungen weisen jedoch generell eine höhere Kriminalität auf. Im Schutzbereich Strausberg stünden – nach Angaben der Polizei - nicht mehr genug Beamte zur Vertretung kranker oder beurlaubter Polizisten zur Verfügung.

Bekämpfung von Kriminalität kann jedoch nicht auf die Präsenz von Polizeikräften reduziert werden. Es gilt auch, in der Prävention nicht nachzulassen. Die vergleichsweise hohe Kriminalitätsrate sollte Anlass sein, dieses Problem als gesamtstädtische Aufgabe zu sehen. Fachgerechte Vorschläge hierzu zu unterbreiten, geht über die Möglichkeiten dieses Berichtes hinaus. Generell ist jedoch der Ansatz der Nachhaltigkeit, sektorübergreifende Lösungen in gemeinsamer Verantwortung anzustreben, zu beachten.

3.2 Mobilität

Mobilität heißt, Ziele erreichen zu können, nicht, Ziele erreichen zu müssen und schon gar nicht, ohne Ziel unterwegs zu sein. Mobil sein – und zwar möglichst unabhängig und in einem möglichst großen Radius – ist andererseits zu einem der wichtigsten Grundbedürfnisse in der heutigen Gesellschaft geworden. Verkehr – ob per Auto, Bus, Fahrrad oder zu Fuß – und die dazugehörige Infrastruktur – Straßen, Schienen, Rad- und Fußwege – prägen das Erscheinungsbild unserer Städte und Gemeinden. Und auch die Schattenseiten sind zu spüren: Luftverschmutzung, Lärmbelastung, Klimawandel, Landschaftszerschneidung und der Verlust von Lebens- und Spielräumen.

Die Kommune hat großen Einfluss auf die Ausgestaltung der Mobilität vor Ort. Zum einen ist sie gemeinsam mit anderen Trägern für den Unterhalt der Verkehrsinfrastruktur zuständig. Zum anderen kann sie – zumindest auf lange Sicht – durch aktive Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung die Mobilität optimieren – eine Stadt der kurzen Wege, in der Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeitgestaltung nahe am Zuhause möglich sind.

Der städtische Teil der Stadtgemeinde Strausberg zieht sich als Band rd. 11 km in Nordost-Südwest-Richtung von Strausberg Nord bis Strausberg-Vorstadt im Süden. In der Nord-Süd-Ausdehnung sind die Wohngebiete und Einrichtungen gut mit der S-Bahn (4 Haltestellen) und der Strausberger Eisenbahn (Tram) erschlossen. Die Bahnhöfe Strausberg-Vorstadt und Strausberg-Nord sind für den Park&Ride-Verkehr umgestaltet worden; auch am Bahnhof Strausberg Stadt bestehen Parkmöglichkeiten für Autos und Fahrräder. Es besteht ein weitläufiges Radwegenetz mit Anschluss an touristische Radwege in der Region. In der Innenstadt gibt es noch wenig separate Radwege und eine Duldung des Radfahrens auf den Fußwegen, ohne dass diese dafür eingerichtet sind.

Strausberg hat, auch bedingt durch seine Funktion als Mittelzentrum und die Einkaufsfahrten zu den randständig gelegenen großen Verbrauchermärkten ungeachtet der relativ guten ÖPNV-Anbindung einen hohen Anteil motorisierten Verkehrs.

Das hat Auswirkungen auf die Qualität der Luft. In Strausberg-Nord werden vom Deutschen Wetterdienst in der unmittelbaren Nähe der stark vom Verkehr frequentierten Straßen Prötzeler und Gielsdorfer Chaussee mit Schwerpunkt Kreuzung Wriezener Straße zeitweilige Überschreitungen der lufthygienischen Richtwerte nicht ausgeschlossen.²⁵

²⁵ Amtliches Gutachten des Deutschen Wetterdienstes Klimabeurteilung 15344 Strausberg, Potsdam 12. Januar 2006

Nachhaltigkeit heißt: Statt die Gesellschaft grenzenlos mobil zu machen, soll die erforderliche Mobilität optimal gestaltet werden:

- Möglichst klimafreundliche Mobilität
- Zugang zu zentralen Einrichtungen für möglichst alle

Ziele und Indikatoren

3.2.1.1 Möglichst klimafreundliche Mobilität

Verkehrsbedingte Emissionen sind eine der Hauptursachen für den globalen Klimawandel. Der Anteil des Umweltverbundes an allen in einer Kommune zurückgelegten Wegen zeigt, in welchem Maße Mobilität klimabewusst organisiert und globale Verantwortung wahrgenommen wird.

Indikator: Anteil des Umweltverbundes an allen Wegen

Verkehr lässt sich nicht komplett vermeiden – aber durch eine verstärkte Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel lassen sich die verkehrsbedingten Emissionen verringern. Untersuchungen zum Anteil der verschiedenen Verkehrsmittel („Modal Split“) sollen ermitteln, wie viele Wege im so genannten Umweltverbund – öffentlicher Personennahverkehr, Fahrrad- und Fußgängerverkehr – zurückgelegt werden.

Die Erhebung in Strausberg zum Modal Split führten Schüler des Fontane-Gymnasiums durch, indem sie Aufzeichnungen über die zurückgelegten Wege an drei aufeinanderfolgenden Tagen machten. Es beteiligten sich 42 Schüler der 11. Klassen.

Die Regeln der Erfassung waren:

- Es wurden alle Wege gezählt (z.B. zum Arzt, zu Behörden, zur Fahrschule).
- Hin- und Rückweg wurden getrennt gezählt.
- Wenn für einen Weg mehrere Verkehrsmittel benutzt wurden, zählte nur das Verkehrsmittel, mit dem die längste Wegstrecke zurückgelegt wurde.

Verlauf:

Wege der Schüler in Zahlen und %

	Anzahl	in %
Wege gesamt	501	100
Wege per ÖPNV	150	29,94
Wege per Auto	68	13,57
Wege zu Fuß	142	28,34
Wege mit Fahrrad	141	28,15

Beschreibung und Interpretation:

Der Anteil des Umweltverbunds an Wegen der 42 Schüler an drei aufeinanderfolgenden Tagen betrug demnach 86,43%. Der Großteil der Wege wurde mit ÖPNV zurückgelegt, vor al-

lem weite Wege bzw. Wege mit schlechter ÖPNV-Anbindung, z.B. vom Wohnort Rehfelde zum Gymnasium in Strausberg, wurden mit dem Auto bewältigt.

Die Verfasser regen an, die Befragung noch einmal mit berufstätigen Erwachsenen durchzuführen, damit ein genauerer Vergleich und eine verbesserte Statistik zustande kommt.

3.2.1.2 Zugang zu zentralen Einrichtungen für möglichst alle

Eine gute Versorgung der Einwohner/innen ohne hohes Verkehrsaufkommen setzt voraus, dass die Erfüllung von Grundbedürfnissen vor Ort und ohne lange Wege möglich ist. Ob die soziale Infrastruktur in diesem Sinne effektiv organisiert ist, zeigt der Anteil der Einwohner/innen, die in Mindestnähe zu wichtigen Einrichtungen wohnen.

Indikator: Anteil der Einwohner/innen, die in Mindestnähe zu wichtigen Einrichtungen des täglichen Lebens wohnen

Je länger die Wege, die nötig sind, um sich mit Lebensmitteln und Kleidung zu versorgen, zur Arbeit oder Schule zu kommen, oder Behördengänge zu machen, desto mehr (motorisierter) Verkehr entsteht.

Als „wichtige Einrichtung des täglichen Lebens“ wurde exemplarisch die Erreichbarkeit der Poststellen untersucht. Anzumerken ist, dass es sich bei der Untersuchung nur um eine reine Darstellung von Entfernungen von Poststellen in Bezug zur fußläufigen Erreichbarkeit handelt. Die tatsächliche Nutzung von Post- und Logistikdienstleistungen im Brief und Paketverkehr für private und öffentliche und gewerbliche Nutzer kann hier nicht überprüft werden. Zahlreiche private Firmen im Logistik und Warentransportwesen stellen ihre Dienstleistungen ebenfalls zur Verfügung und ergänzen beispielsweise das Netz der Abgabestellen für Päckchen und Pakete. Mit dem Ende des Postbriefmonopols werden in Zukunft auch weitere Anbieter in diesem Sektor tätig werden. Weiterhin muss darauf hingewiesen werden, dass heutzutage viele Postdienstleistungen über das Internet abgewickelt werden können und auch werden – Bankangelegenheiten, E-Mail-Verkehr anstelle des klassischen Briefs, Kommunikation mit Versicherungen und Behörden, ja sogar Steuererklärungen sollen hier exemplarisch genannt werden.

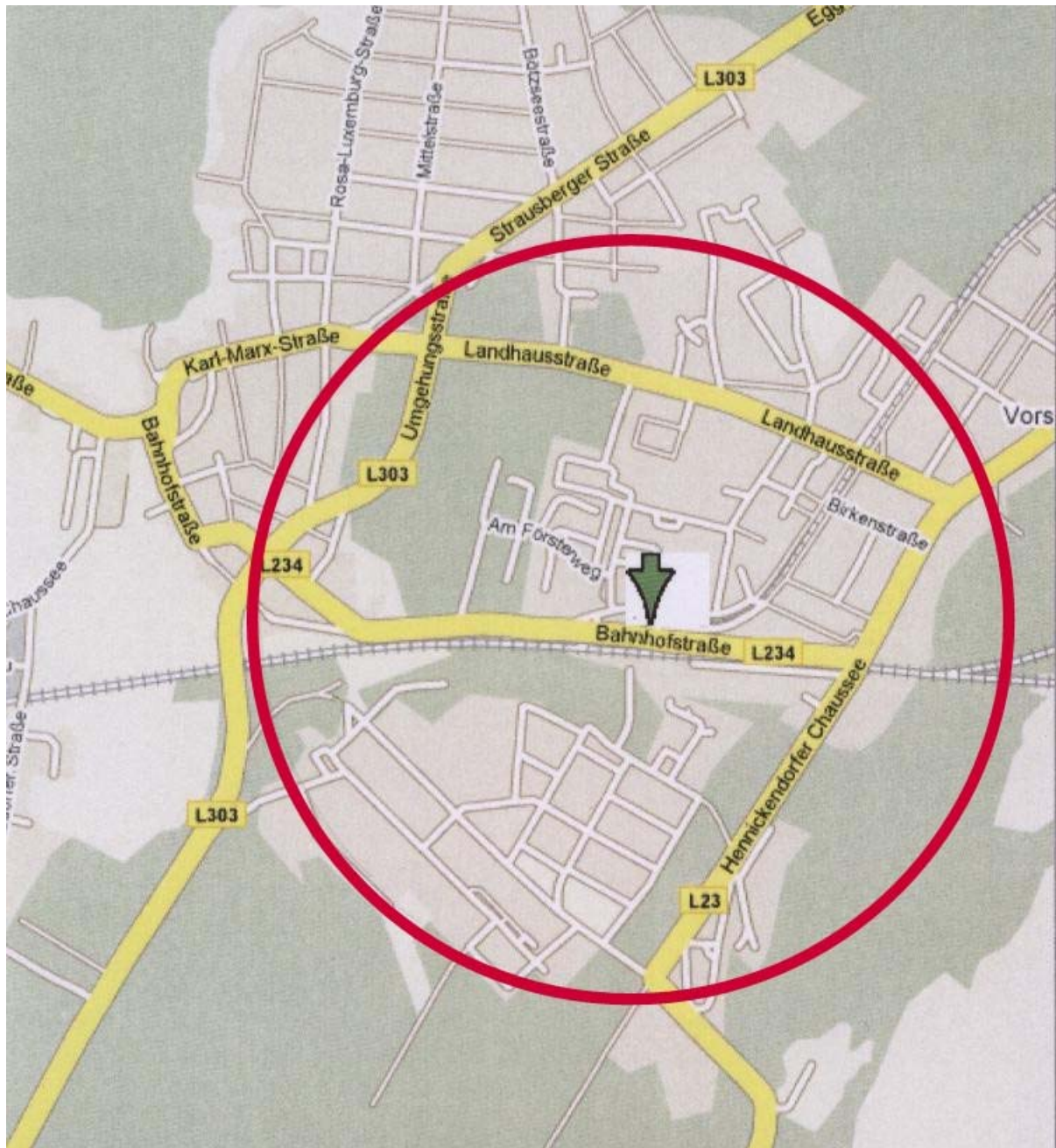
Ähnliche Erhebungen – die aber ebenfalls mit beträchtlichem Aufwand verbunden wären – ließen sich z.B. auch für Apotheken und Lebensmittelmärkte etc. durchführen.

Für diesen Bericht wurden die Post in der Müncheberger Straße, die Post im Bahnhofsgebäude der S-Bahn-Haltestelle Strausberg und die Post im Handelszentrum untersucht. Bei allen dreien wurde als Mindestnähe (für die Erreichbarkeit zu Fuß) 1 km festgelegt. Dabei wurde berücksichtigt, dass Strausberg eine langgezogene, so genannte „Bandstadt“ ist.

Mit Hilfe eines Stadtplans wurden diejenigen Straßen ausgezirkelt, die im Bereich der Mindestnähe lagen und deren Bewohner addiert. Ausschlaggebend war, dass sich die Straße zu $\frac{2}{3}$ in dem vom Kreis erfassten Raum befand. „Überstehende“ Stücke wurden am Ende zusammengezählt, eine Straße, die vollständig im Bereich der Mindestnähe lag und von gleicher Länge war, wurde für sie herausgenommen.

Beispiel: Post im Bahnhofsgebäude Vorstadt

(Hinweis: Der Pfeil stimmt nicht mit der Lage der Poststelle überein.)



a) Straßen im 1-km-Umkreis der Post im Bahnhofsgebäude der S-Bahn-Haltestelle Strausberg:

Am Försterweg, Am Sportpark, Birkenstraße, Landhausstraße, Barnimstraße, Ernst-Menger-Straße, Scharnhorststraße, Bahnhofstraße, Konradstraße, Karl-Marx-Straße, Waldemarstraße, Heinrich-Dorrenbach-Straße, Am Kieferngrund, Paul-Singer-Straße, Hennickendorfer Chaussee, Max-Reichpietsch-Ring, Albin-Köbis-Ring, Backsmannstraße, Rennbahnstraße, Fliederweg, Im Grund, Straße des Friedens
(„Rudolf-Egelhofer-Straße“ und „Lindenpromenade“ wurden für die „überstehenden Stücke“ herausgenommen.)

b) Straßen im 1-km-Umkreis der Post in der Müncheberger Straße:

August-Bebel-Straße, Elisabethstraße, Straße der Jugend, Kopernikusstraße, Philipp-Müller-Straße, Peter-Göring-Straße, Josef-Zettler-Ring, Otto-Langenbach-Ring, Müncheberger Straße, Buchhorst, Jungfernstraße, Fichteplatz, Lindenplatz, Grünstraße, Schulstraße, Georg-Kurtze-Straße, Klosterstraße, Fischerkietz, Predigerstraße, Mittelallee, Hans-Beimler-Ring, Artur-Becker-Straße, Heinrich-Rau-Straße, Otto-Grotewohl-Ring, Mittelfeldring, Fritz-Reuter-Straße, Spittelgasse, Markt, Am Mondsee, Wallstraße, Seeblick, Mühlenweg, Badstraße, Ringstraße, Mittelstraße, Weinbergstraße, Drosselweg, Amselweg, Seepromenade, Wriezener Straße

(„Große Straße“, „Walkmühlenstraße“ und „An der Stadtmauer“ wurden für die „überstehenden Stücke“ herausgenommen.)

c) Straßen im 1-km-Umkreis der Post im Handelszentrum Strausberg:

Goethestraße, Bruno-Bürgel-Straße, Tolstoistraße, Gorkistraße, Freiligrathstraße, Lessingstraße, Schillerstraße, Zilleweg, Heinrich-Heine-Straße, Poetensteig, Uhlandstraße, Am Igelpfuhl, Max-Liebermann-Straße, Herrenseeallee, Am Marienberg, Am Herrensee, Am Stadtwald, Altlandsberger Chaussee

(hier gab es keine „überstehenden Stücke“)

Verlauf:

Einwohner in fußläufiger Entfernung²⁶ zu einer Poststelle in Strausberg im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007²⁷ (bis 14.01. 2008)
Einrichtung								
Post nahe Bahnhofs- gebäude S- Bahn- Haltestelle Strausberg	4.654 Ew / 25.972 = 17,9 %	4.635 Ew / 26.273 = 17,6 %	4.647 Ew / 26.375 = 17,6 %	4.548 Ew / 26.376 = 17,2 %	4.591 Ew / 26.272 = 17,5 %	4.545 Ew / 26.271 = 17,3 %	4.553 Ew / 26.167 = 17,4 %	4.514 Ew / 26.222 = 17,2 %
Post in der Müncheber- ger Straße	8.156 Ew / 25.972 = 31,4 %	8.194 Ew / 26.273 = 31,2 %	8.187 Ew / 26.375 = 31,0 %	8.104 Ew / 26.376 = 30,7 %	8.090 Ew / 26.272 = 30,8 %	8.127 Ew / 26.271 = 30,9 %	8.071 Ew / 26.167 = 30,8 %	8.057 Ew / 26.222 = 30,7 %
Post im Handelszen- trum	3.478 Ew / 25.972 = 13,4 %	3.525 Ew / 26.273 = 13,4 %	3.507 Ew / 26.375 = 13,3 %	3.497 Ew / 26.376 = 13,3 %	3.442 Ew / 26.272 = 13,1 %	3.374 Ew / 26.271 = 12,8 %	3.321 Ew / 26.167 = 12,7 %	3.298 Ew / 26.222 = 12,6 %

²⁶ Frau Hammerschmidt, Stadtverwaltung, zuständig für Wahlen und Statistik, 05.12.07

²⁷ Frau Hammerschmidt, Stadtverwaltung, zuständig für Wahlen und Statistik, 15.01.08

weitere Quellen: Google Maps, Stadtplan Strausberg

Beschreibung und Interpretation:

Insgesamt konnten also (nach der oben beschriebenen Methode) 15.869 Einwohner gefiltert werden, die 2007 im Umgebungsbereich einer Poststelle wohnen, das sind 60,5 % aller Einwohner.

In den drei untersuchten Einzugsbereichen war 2007 die Einwohnerzahl gegenüber 2000 um insgesamt 418 (140/99/180) niedriger – bei höherer Einwohnerzahl der Stadt insgesamt. Der „Versorgungsgrad“ mit fußläufig erreichbaren Postleistungen hat sich demnach durch Binnenwanderung von Bevölkerungsteilen leicht verschlechtert. Nicht in fußläufiger Entfernung mit Postdienstleistungen versorgt sind z.B. Bewohner von Strausberg Nord (das im Vergleichszeitraum durch Neubauten an Bewohnern zulegte).

Bei der Interpretation ist zu beachten, dass der Entfernungsermittlung Luftlinien zugrunde lagen. Der tatsächliche (Fuß-)Weg dürfte in der Regel etwas länger sein.

3.3 Einkommen

Ihren Lebensunterhalt erwirtschaften die meisten Menschen über einen Arbeitsplatz, der ihnen ein Einkommen sichert. Arbeitszeit ist jedoch Lebenszeit und die Qualitäten der Arbeit spiegeln sich in unserer Lebensqualität wider. Arbeit bedeutet Selbstverwirklichung, sie prägt das Selbstbild des Menschen, der sich mit seinen Leistungen identifiziert. Arbeit heißt, sich einbringen zu können: Wenn fast 10% der Menschen in Deutschland keinen dauerhaften Arbeitsplatz haben, bedeutet das eine finanzielle Belastung für die sozialen Sicherungssysteme, die von allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten getragen werden muss.

Nur teilweise kann die Kommune volkswirtschaftliche Entwicklungen beeinflussen. Mit dem freiwilligen Instrument der Wirtschaftsförderung betreiben Kommunen aber bereits seit langem aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Sie sind in der besonderen Lage, Unternehmen in ihrer Ansiedlung vor Ort zu unterstützen und dabei die Arbeits- und Produktionsbedingungen in Zusammenarbeit mit den Betrieben auszugestalten. Aufgabe der Kommune ist es dabei, die Interessen der Menschen und der Umwelt zu vertreten: Arbeitsplätze mit Qualität und ressourcenschonende Wertschöpfung.

Die Stadt Strausberg versteht sich als wirtschaftsfreundliche Kommune. Die Fachgruppe Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung handelt daher nach dem Motto: „Kurze Wege, kurze Zeiten, klare Worte“²⁸. Unternehmer bzw. Gründungswillige werden persönlich beraten und Kontakte zu allen relevanten Akteuren in der Stadt (wie dem Strausberger Technologie- und Innovationszentrum - STIC) und im Landkreis vermittelt bzw. hergestellt.

Die Stadt trägt jedoch selbst auch unternehmerische Verantwortung in Gesellschaften, deren Eigentümer (Strausberger Eisenbahn, Strausberger Wohnungsbaugesellschaft, Sport- und Erholungspark GmbH) bzw. an denen sie beteiligt ist (Stadtwerke GmbH zu 61,6 %) und ihrem

²⁸ Gespräch mit Herrn Wunderlich, Leiter der Fachgruppe Wirtschaftsförderung, Kultur und Finanzen der Stadtverwaltung am 17.01.08

Eigenbetrieb Kommunalservice Strausberg²⁹. In den stadteigenen Unternehmen sind 139 (ohne den Eigenbetrieb Kommunalservice 123) Mitarbeiter tätig.

Nachhaltigkeit bedeutet bei Arbeit und Einkommen neben der Möglichkeit, selbst das Einkommen zu sichern auch, dass die Art, wie der Lebensunterhalt erwirtschaftet wird, umweltgerecht und in Chancengleichheit gestaltet ist. Im Einzelnen tragen dazu bei:

- Möglichst umweltschonende Produktion und Beschäftigung
- Möglichst flächensparende Arbeitsplätze
- Zugang zu Verantwortung und Einfluss
- Zugang zu selbst erwirtschaftetem Einkommen für möglichst alle

Ziele und Indikatoren

3.3.1.1 Möglichst umweltschonende Produktion und Beschäftigung

Nachhaltigkeit in der Güterproduktion bedeutet auf der einen Seite, allen die Möglichkeit zu geben, ihr Einkommen selbst zu sichern. Auf der anderen Seite soll die Art und Weise, wie der Lebensunterhalt erwirtschaftet wird, möglichst umweltgerecht gestaltet sein. Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Fläche ist ein Indikator dafür, dass der Schutz von Wasser, Boden und Luft mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen vereinbart werden kann.

Indikator: Ökologisch bewirtschaftete Fläche³⁰

Beschreibung:

Zur Gemeinde Strausberg gehören neben der Kernstadt auch die Dörfer Hohenstein und Ruhlsdorf als Ortsteile. In der Gemarkung von Strausberg sind insgesamt 6 Betriebe mit ökologischer Produktion gemeldet. Drei davon verarbeiten ökologische Erzeugnisse und stellen Speisen her (darunter Bärenmenü GmbH und der Casino- und Party-Service Lohmeier und Deimel GmbH), betreiben also selbst keinen ökologischen Anbau.

Der Ewaldhof ist der einzige Ökolandwirtschaftsbetrieb, der seinen Sitz in Strausberg (OT Ruhlsdorf) hat. Er existiert seit 1990, ursprünglich als Einzelunternehmen, inzwischen als GbR. Die anderen beiden Betriebe (Sitze in den Gemeinden Rüdersdorf/OT Lichtenow bzw. Garzin-Garzau/OT Bergschäferei) bewirtschaften einige Flächen im Gemeindegebiet von Strausberg.

Der Umfang der ökologisch bewirtschafteten Flächen ist in den letzten Jahren grundsätzlich gleich geblieben. Zu den konkreten Flächengrößen konnte das Landwirtschaftsamt des Landkreises Märkisch Oderland aus Datenschutzgründen keine Angaben machen, da wegen der geringen Betriebszahl die Anonymität nicht gewährleistet werden kann.

²⁹ Bericht der Stadt Strausberg über ihre Beteiligungen an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts – Fortschreibung 2007. Quelle: Website der Stadt Strausberg, Stand 18.01.08

³⁰ E-Mail des Leiters des Amtes für Landwirtschaft des Landkreises Märkisch-Oderland Herrn Paepke vom 30.11.2007

3.3.1.2 Möglichst flächensparende Arbeitsplätze

Im Allgemeinen werden, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, neue Gewerbeflächen ausgewiesen. Allein die Zahl der Arbeitsplätze pro Hektar Fläche oder die Auslastungsquote an Flächen die von Betrieben genutzt wird, lässt allein keine Rückschlüsse zu, ob sich die Investition in die wertvolle Ressource Fläche wirklich gelohnt hat. Mehrere Faktoren müssen bei der Bewertung einer „flächenlohnenden“- und damit auch „flächenschonenden“ Ausweisung von Gewerbegebieten herangezogen werden:

- Wurde beim Neuaufschluss eines Gewerbegebietes eine schon erschlossene Industrie-/ Gewerbe- Branche in die Überlegungen für eine Neuerschließung mit einbezogen – Flächenrecycling?
- Müssen bei der Neuerschließung Standortfaktoren hinsichtlich des Branchenmixes - z.B. Autobahnnähe für Logistikdienstleistungen - berücksichtigt werden?
- Handelt es sich bei den Unternehmen um flächenintensive hoch automatisierte Unternehmen oder arbeitsplatzintensive Unternehmen?
- Innerhalb welchen Zeitraums wird mit der Belegung des Gewerbegebiets gerechnet?
- Wie sehen die zukünftigen Bedarfe aus?

Aufgrund der Komplexität der Materie beschränkt sich dieser Bericht, auch wenn damit nur ein Faktor, nämlich der der Flächenauslastung betrachtet wird, auf diesen.

Indikator: Auslastungsquote vorhandener Gewerbegebiete

Strausberg verfügt über eine Nettobaufläche für gewerbliche Nutzungen in einer Größe von rd. 65 ha. Größter Einzelstandort ist der Gewerbepark Strausberg-Nord (36 ha), dann folgt der Gewerbepark Flugplatz Strausberg (20 ha) sowie das Strausberger Technologie- und Innovations-Centrum (STIC) mit den angrenzenden Gewerbeflächen (7,5 ha).

Beschreibung:

Die **Auslastung** der o.g. Gewerbegebiete beträgt insgesamt rd. **50 %**.³¹

Das INSEK gibt im Hinblick auf weitere Ansiedlungsmöglichkeiten folgende Einschätzung zu den Strausberger Gewerbeflächen: [...] „Damit verfügt die Stadt auch im regionalen Kontext in der Summe über eine eher unterdurchschnittliche Flächenausstattung, die der kleinteiligen Unternehmensstruktur entspricht. Größere Ansiedlungswünsche (> 20 ha) können derzeit nicht bedient werden. Ebenso ist durch die derzeitig vorhandenen Größen für Einzelflächen (rd. 5 ha) eine Vermarktung kleinerer Flächen, die vermehrt nachgefragt werden, schwer möglich, da eine kleinteilige Erschließung augenblicklich nicht vorhanden ist“.³²

Da Strausberg das Prädikat Erholungsort anstrebt und Ansiedlungen dazu verträglich sein müssen, konzentriert sich die kommunale Wirtschaftsförderung auf die Stärkung der im INSEK ausgewiesenen Branchenschwerpunkte. Das dürfte zu einer besseren Flächenauslastung der vorhandenen Gewerbegebiete beitragen, eine passgerechte, ergänzende Erschließung vorausgesetzt. Die vorhandenen Flächen werden gegenwärtig vor allem als Chance für die schon vorhandenen Unternehmen gesehen, ihre Geschäftstätigkeit zu erweitern. Die Darstellung

³¹ Dem Gewerbepark Strausberg Nord stehen in anderen Regionen wie Treskow I (Neuruppin) oder Cottbus Auslastungsquoten von bis zu 100% gegenüber.

³² Wirtschaftsorientiertes Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Stadt Strausberg. complan Gesellschaft für Kommunalberatung, Planung und Standortentwicklung mbH, Potsdam 2007

zum „Gewerbepark Flugplatz Strausberg“ im Portal www.commercial-parks.de der IHKen hat auch die Chancen für Neuansiedlungen erhöht, sollte jedoch z.B. im Hinblick auf die Aussagekraft für potenzielle Kooperationseffekte in der Region präzisiert werden.

3.3.1.3 Zugang zu Verantwortung und Einfluss

Trotz vielfältiger Bemühungen um mehr Chancengleichheit sind manche gesellschaftlichen Gruppen in den einflussreichen gesellschaftlichen Positionen immer noch unterrepräsentiert. Der Anteil der Frauen in örtlichen Führungspositionen zeigt, wie es vor Ort um die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern (bezüglich der Chancen für vergleichbare Einkommen) steht.

Indikator: Anteil Frauen in Führungspositionen (Verwaltung, Unternehmen) in Prozent

Im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit hält man ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen zu Männern in der Führungsebene der Stadtverwaltung, in der Kommunalpolitik und in Unternehmen für erstrebenswert. Annähernd optimal wäre daher ein vergleichbares Verhältnis von Männern und Frauen. Führungspositionen in der Hierarchie einer Behörde oder eines Unternehmens leiten eine zugeordnete Anzahl von Sachgebieten bzw. Mitarbeitern an.

Es sei darauf hingewiesen, dass hier nur die Führungspositionen genannt werden, nicht aber das Verhältnis von Männern zu Frauen bei allen Beschäftigten.

Kommune Strausberg

In der **Stadtverwaltung** wurde der Anteil von Frauen unter den Führungspositionen Bürgermeister, Fachbereichsleiter und Fachgruppenleiter ermittelt.

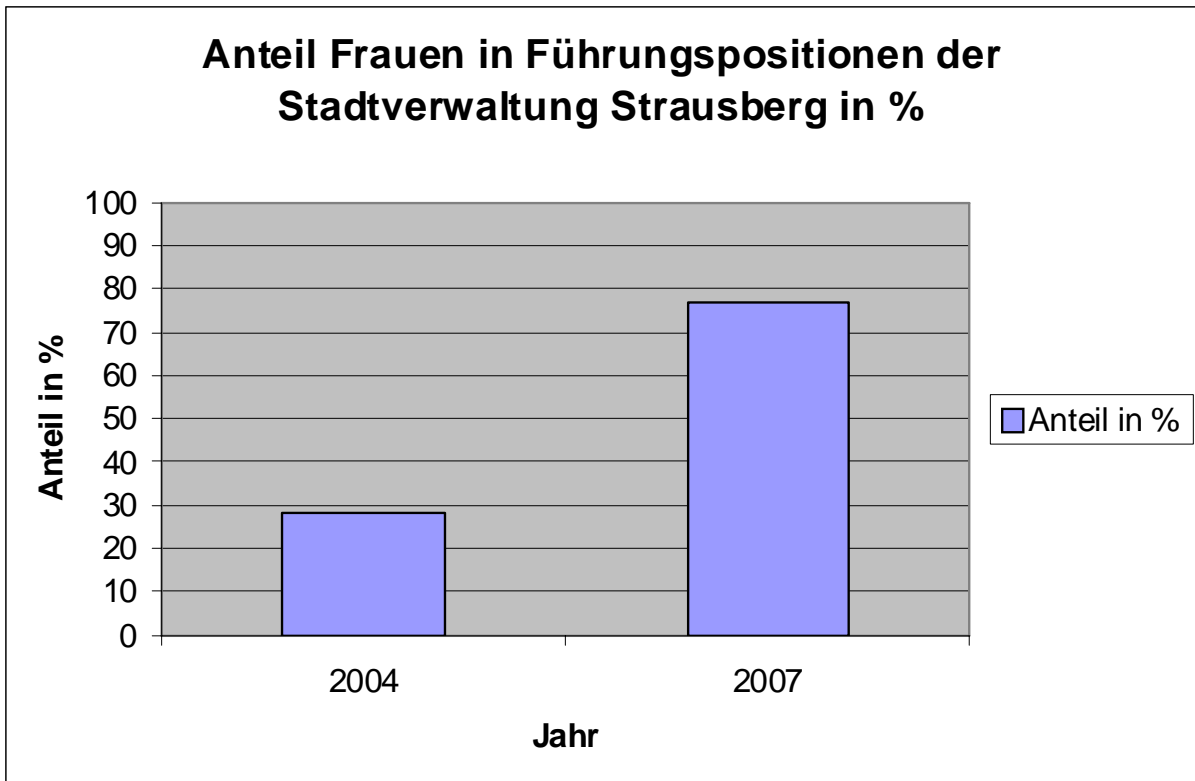
Verlauf:

Anteil Frauen in Führungspositionen der Stadtverwaltung Strausberg in %

Jahr	Anteil
2004 ³³	28
2007 ³⁴	76,92

³³ Wettbewerbsbericht „Zukunftsfähige Kommune“, 2004

³⁴ Telefon-, Fax- und E-Mail-Verzeichnis der Fachbereiche, erhältlich auf www.stadt-strausberg.de



Für den Bereich der **Kommunalpolitik** wurde der Anteil der Frauen in der Stadtverordnetenversammlung ermittelt.

Anteil Frauen in der Stadtverordnetenversammlung Strausberg in %

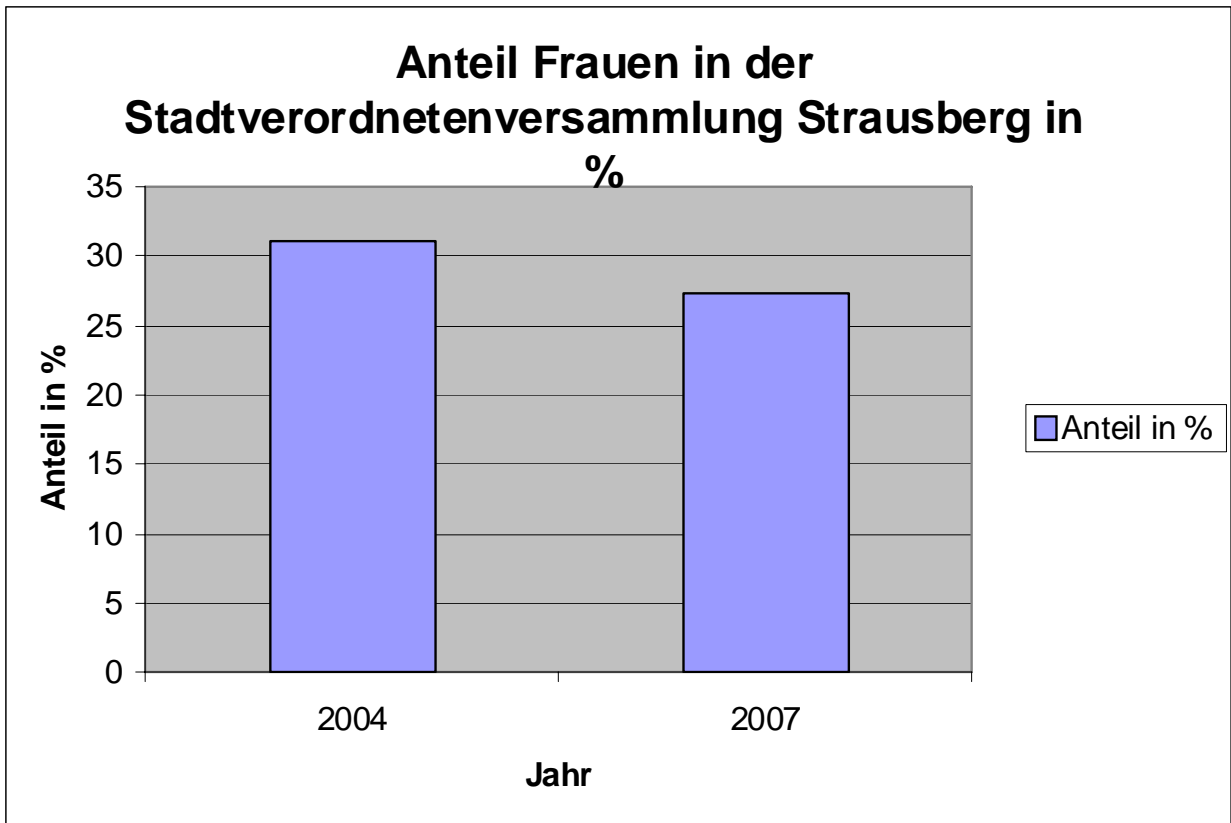
Jahr	Anteil
2004 ³³	31
2007 ³⁵	27,28

Beschreibung:

In der Stadtverwaltung Strausberg wird nach erfolgter Strukturreform jetzt die Mehrzahl (77 %) der Führungspositionen von Frauen wahrgenommen. 2004 waren es nur 28 %.

Die Zahl weiblicher Abgeordneter nahm seit 2004 ab und beträgt gegenwärtig nur 27 %. Das birgt die Gefahr, dass genderspezifische Belange bei der Tätigkeit und Beschlussfassung nicht ausgewogen wahrgenommen werden. Die Parteien und Wählervereinigungen sollten künftig bei der Nominierung von Kandidaten diesem Aspekt der repräsentativen Demokratie mehr Aufmerksamkeit widmen.

³⁵ Frau Lasch, Stadtverwaltung, zuständig für den Sitzungsdienst, 17.12.07



Unternehmen

Es wurden zusätzlich drei Unternehmen mit > 100 Arbeitnehmern befragt.

Jahr	Führungspositionen	Anteil Frauen in Führungspositionen in %
2004	20	45 %
2007	21	42,86 %

Leider war es in einem Unternehmen nicht möglich, die benötigten Daten auch für das Jahr 2004 zu erheben, da diese bereits im Archiv gelagert waren und der Aufwand zu groß war, sie zu besorgen.

Der Anteil von Frauen in Führungspositionen blieb annähernd gleich, ein Trend ist nicht zu erkennen.

3.3.1.4 Zugang zu selbst erwirtschaftetem Einkommen für möglichst alle

Obwohl Deutschland ein vergleichsweise reiches Land ist und die Sicherungssysteme eines Wohlfahrtsstaates hat, müssen viele Menschen in Deutschland mit einem sehr geringen Einkommen leben. Die Arbeitslosenquote in einer Kommune ist Indikator für Belastungen und Ungleichverteilungen in der sozialen Infrastruktur vor Ort.

Indikator 1: Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote errechnet sich wie folgt:
$$\frac{\text{Arbeitslose gesamt}}{\text{Arbeitslose gesamt} + \text{sozialversicherungspflichtig Beschäftigte}} \times 100$$

Die Arbeitslosenquote wird in der Statistik³⁶ auf alle zivilen Erwerbspersonen und auf die abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen bezogen. In der ersten Bezugszahl sind auch zuvor Selbständige enthalten. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit enthält Arbeitslosenquoten für den Landkreis Märkisch-Oderland, jedoch nicht für die *Stadt* Strausberg. Diese wurde bei der Stadtverwaltung direkt eingeholt und unterscheidet sich noch einmal zu der Arbeitslosenquote in der *Geschäftsstelle* Strausberg.

Verlauf:

Entwicklung der Arbeitslosenquote im Landkreis Märkisch-Oderland

	Arbeitslosen- Quote in % (bezogen auf alle ziv. EP)	Arbeitslosen- quote in % (bezogen auf abh. ziv. EP)	Arbeitslosen- quote in % Männer (bezogen auf abh. ziv. EP)	Arbeitslosen- quote in % Frauen (bezogen auf abh. ziv. EP)	Arbeitslosen- quote in % Jugendliche < 25 Jahre	Arbeitslosen- quote in % Ausländer
12/2003	-	21,3	-	-	-	-
12/2004	-	21,1	-	-	-	-
12/2005	16,3	17,9	19,3	16,4	10,8	40,7
12/2006	15,3	17,0	18,0	15,9	14,2	39,6
07/2007	14,4	15,9	16,6	15,2	15,8	40,0
12/2007	13,1	14,5	15,5	13,6	10,8	35,7 ³⁷

Vergleichszahlen zur Arbeitslosenquote Märkisch-Oderland

	Arbeitslosenquote (bezogen auf alle ziv. EP)	
	12/2006	12/2007
Land Brandenburg	15,4	13,5
Deutschland	8,0	8,1
Ostdeutschland	15,7	13,7

Entwicklung der Arbeitslosenquote in der Stadt Strausberg³⁸

Jahr	Arbeitslosenquote (bezogen auf abh. ziv. EP) in %
12/1995	10,4
12/1996	12,1
12/1997	13,8

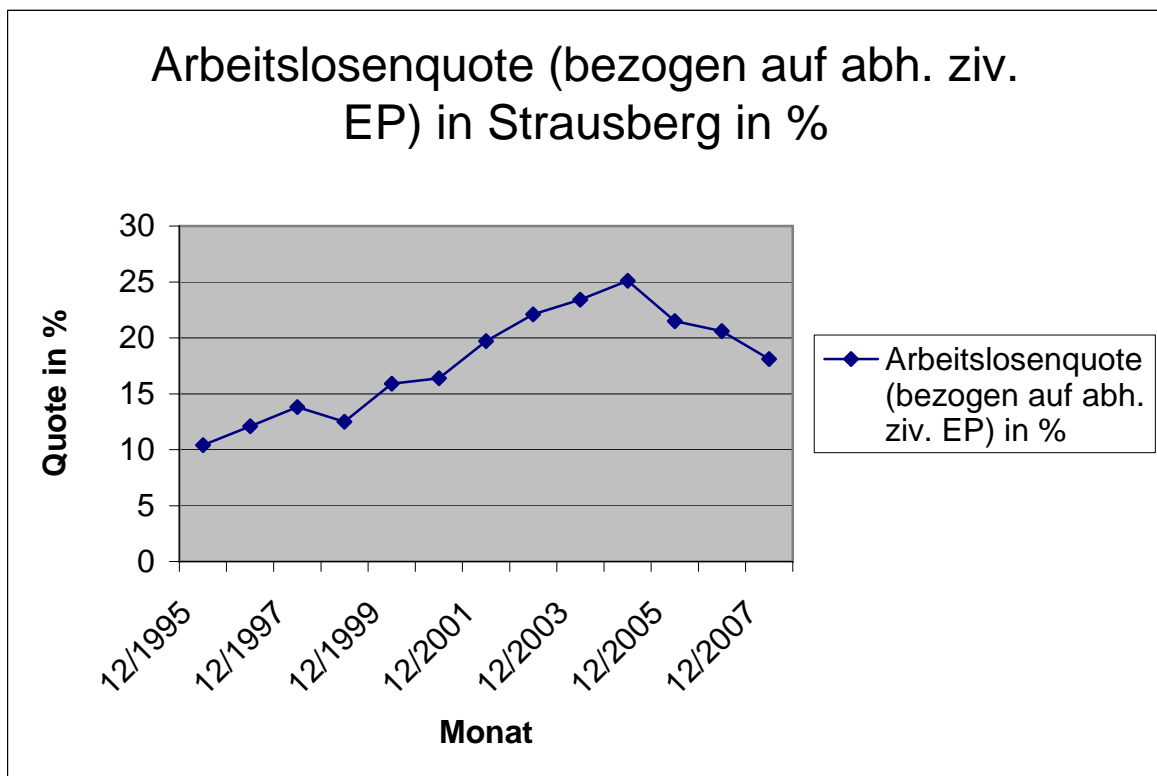
³⁶ <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/a.htm>

³⁷ 11/2007

³⁸ Stadtverwaltung Strausberg, Frau Hammerschmidt, zuständig für Statistik und Wahlen, 07.01.08

12/1998	12,5
12/1999	15,9
12/2000	16,4
12/2001	19,7
12/2002	22,1
12/2003	23,4
12/2004	25,1
12/2005	21,5
12/2006	20,6
12/2007	18,1

Die o.g. Arbeitslosenquote für die Stadt Strausberg ist bezogen auf die abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen (Spalte 2 in der Übersicht zum Landkreis), Beamte und Selbständige also nicht berücksichtigt.



Beschreibung und Interpretation:

Ab 2005 zeichnet sich im Landkreis ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosenquote ab. Bei Arbeitslosen insgesamt, Männern und Frauen erfolgte das stetig. Bei Jugendlichen unter 25 Jahren schwanken die Quoten von 12/2005 bis 12/2007, was auf zeitlich begrenzte Maßnahmen der Arbeitsverwaltung hindeutet. Die Arbeitslosenquote der Ausländer hat sich zwar verringert, ist aber nach wie vor überdurchschnittlich hoch.

Die Arbeitslosenquote in der **Stadt** Strausberg weist seit 2004 ebenfalls eine sinkende Tendenz auf. Die Werte für die Stadt sind jedoch ungünstiger als für den Landkreis. Noch deutlicher wird die Differenzierung, wenn der Vergleich mit den Werten für den Geschäftsbezirk Strausberg (der den Altkreis Strausberg umfasst, also die Ortschaften Waldesruh, Garzau-Garzin, Dahlwitz-Hoppegarten, Fredersdorf, Buckow, Hennickendorf, Lichtenow, Hönow,

Petershagen, Märkische Höhe, Herzfelde, Altlandsberg, Rehfelde, Münchehofe (Mark), Vogelsdorf, Oberbarnim, Rüdersdorf, Eggersdorf, Birkenstein, Neuenhagen, Müncheberg und Waldsiefersdorf einbezieht³⁹⁾ und den benachbarten Geschäftsbezirken innerhalb des Landkreises erfolgt. So lag (laut Arbeitsmarktreport der Bundesagentur für Arbeit) die Quote im Dezember 2007 im Bereich der Geschäftsstelle Strausberg mit 9,5 % am niedrigsten. In Seelow waren es demgegenüber 19,4 und in Bad Freienwalde 20,6 %. Im Dezember 2006 belief sich die Arbeitslosenquote in der Geschäftsstelle Strausberg auf 11,5 %.⁴⁰⁾

An diesen Zahlen lässt sich deutlich ersehen, dass die berlinfernen Städte und Gemeinden mehr mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben als berlinnahe. Die Stadt Strausberg speziell ist gegenüber dem westlichen Teil des Geschäftsbezirkes (Altkreises) Strausberg in einer ungünstigeren Situation bezüglich der Teilhabe der Bürger an selbst erarbeitetem Einkommen.

Das Niveau der Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zu den besten Werten in Deutschland noch nach wie vor zu hoch. Für eine nachhaltige Entwicklung müssen (in der Region) von Politik und Gesellschaft neben der Schaffung von marktorientierten Arbeitsplätzen seitens der Unternehmen nach weiteren Lösungen für sinnvolle und gemeinwesenorientierte Arbeitsmöglichkeiten gesucht werden, um eine sozial nachhaltige Entwicklung im Lebensbereich Arbeit (und damit auch im Bedürfnisfeld Einkommen) anzustreben.

Indikator 2: (Anteil der) Bezieher von Grundsicherungsleistungen

Der Anteil der Bezieher von Grundsicherungsleistungen ist Indikator für Belastungen und Ungleichverteilungen in der sozialen Infrastruktur vor Ort. Die verschiedenen Leistungen der Grundsicherung zielen darauf ab, den Betroffenen nicht nur das Existenzminimum, sondern auch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Wenn sich allerdings die Zahl der Empfänger weiter erhöht, ist das ein Hinweis darauf, dass sich die gesellschaftliche Schere zwischen Arm und Reich dauerhaft öffnet – und das ist weder in finanzieller noch in sozialer Hinsicht nachhaltig.

Eine Bedarfsgemeinschaft bezeichnet Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft hat mindestens einen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, d.h. einen ALG-II-Empfänger. Enger gefasst ist eine Bedarfsgemeinschaft derjenige der Haushaltsgemeinschaft, zu der alle Personen gehören, die auf Dauer mit einem ALG-II-Empfänger in einem Haushalt leben. So zählen volljährige Kinder, Großeltern und Enkelkinder sowie sonstige Verwandte und Verschwägerter nicht zu einer Bedarfsgemeinschaft.

Sozialgeld ist die Geldleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts für nicht erwerbsfähige hilfebedürftige Angehörige und Partner, die mit dem ALG-II-Bezieher in einer Bedarfsgemeinschaft leben und keinen Anspruch auf Grundsicherung für Ältere oder wegen Erwerbsminderung haben.⁴¹⁾

³⁹⁾ www.arbeitsagentur.de

⁴⁰⁾ Märkischer Markt, 09./10.01.2008, „Arbeitslosenzahl gestiegen“, Seite 1 und 3

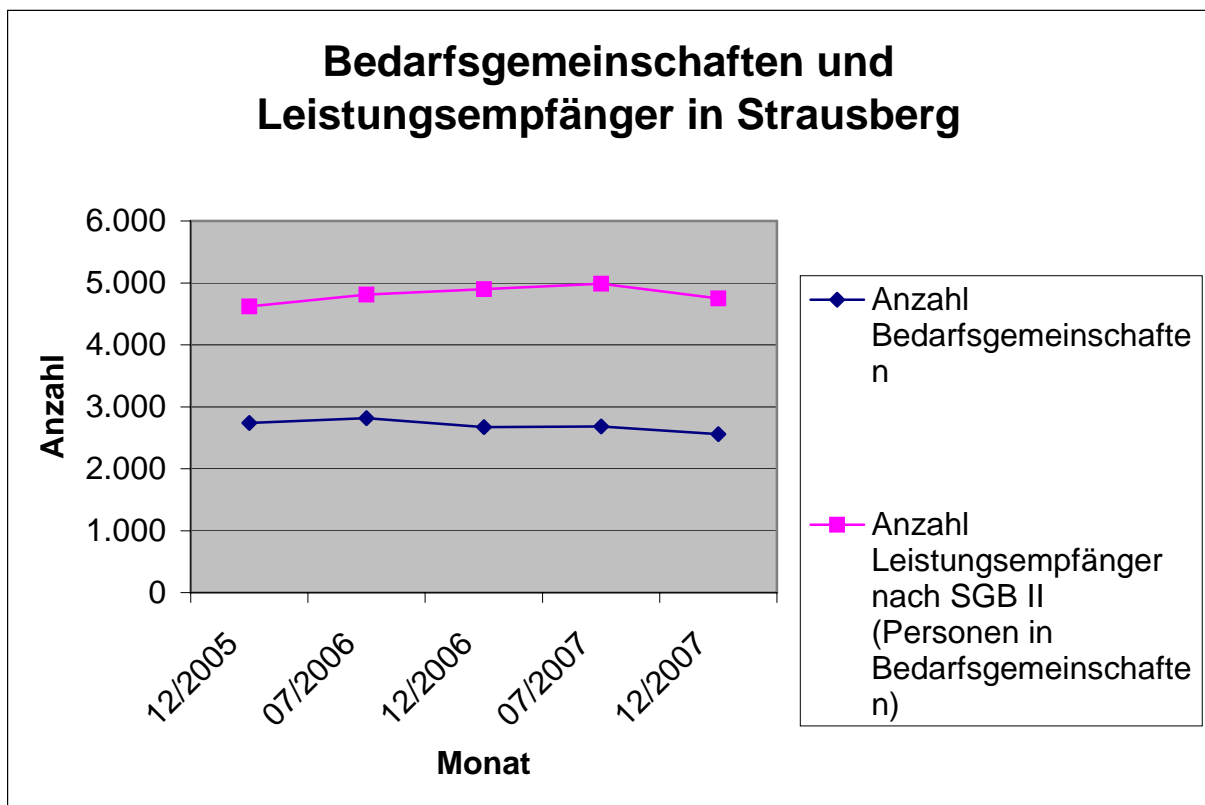
⁴¹⁾ <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/1.html> unter dem Thema „Geldleistungen für Bedarfsgemeinschaften“

Verlauf:

Revidierte Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger nach SGB II (Personen in Bedarfsgemeinschaften) im LK Märkisch-Oderland⁴²

	Anzahl Bedarfsgemeinschaften	Anzahl Leistungsempfänger nach SGB II (Personen in Bedarfsgemeinschaften)	davon	
			ALG II	Sozialgeld
01/2005	13.291	23.775	18.775	5.000
12/2005	15.585	26.643	21.193	5.450
07/2006	16.273	28.049	22.315	5.734
12/2006	14.874	27.710	21.803	5.907
07/2007	14.783	27.686	21.671	6.015
12/2007*	13.835	25.556	19.937	5.619

* vorläufige, nicht revidierte Daten



Beschreibung:

Sowohl die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften als auch der Leistungsempfänger nach SGB II bewegt sich auf hohem Niveau.

⁴² <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/a.html>

Die vorläufigen Werte von Dezember 2007 zeigen einen Rückgang von Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfängern nach SGB II im Landkreis gegenüber 12/2006 um 7,0 bzw. 7,8 %. In Strausberg beträgt der Rückgang im gleichen Zeitraum 4,2 bzw. 3,1 %, so dass noch nicht von einem Trend gesprochen werden muss. Im Vergleich zu Kommunen im Westen Deutschlands ist die Zahl der Bezieher von Grundsicherungsleistungen deutlich höher. Das weist auf das nach wie vor bestehende Gefälle bei der Sicherung des Lebensstandards von Teilen der Bevölkerung hin. Durch steigende Preise für die Leistungen der Grundversorgung bei gleich bleibenden Grundsicherungsleistungen nimmt das Armutsrisiko für einen Teil der Bevölkerung zu.

3.3.2 Gesamtbewertung Einkommen

In Strausberg wurden nach 1990 -wie in anderen Kommunen des Landes Brandenburg auch - neue Gewerbegebiete eingerichtet. Dabei wurde z.T. sehr großzügig bei der Inanspruchnahme bisher nicht gewerblich genutzter Flächen verfahren. Das tatsächlich angesiedelte Gewerbe und damit neuer Arbeitsplätze entsprach teilweise nicht den ursprünglichen Erwartungen (Die Auslastung im Gewerbepark Flugplatz Strausberg Nord beträgt 50 %). Durch Maßnahmen der Wirtschaftsförderung nimmt die Stadt auf die Stabilisierung vorhandener und Ansiedlung weiterer Unternehmen Einfluss. Die vorhandenen Flächen werden gegenwärtig vor allem als Chance für die schon vorhandenen Unternehmen gesehen, ihre Geschäftstätigkeit zu erweitern. Die Darstellung zum „Gewerbepark Flugplatz Strausberg“ im Portal www.commercial-parks.de der IHKen hat auch die Chancen für Neuansiedlungen erhöht, sollte jedoch z.B. im Hinblick auf die Aussagekraft für potenzielle Kooperationseffekte in der Region präzisiert werden.

Die ökologische Landwirtschaft hat in der Gemarkung Strausberg zwar einen geringen Umfang, ist aber für den regionalen Tourismus (Ewaldhof im OT Ruhlsdorf) bedeutend. Ökologisches Wirtschaften wird durch den Anbau von gentechnisch verändertem Mais auf benachbarten, konventionell bearbeiteten Flächen gefährdet.

Obwohl sich beim Zugang zu selbst erarbeitetem Einkommen 2007 eine positive Entwicklung vollzogen hat, ist die Anzahl von Bürgern, die auf Arbeitslosengeld und Grundsicherungsleistungen angewiesen sind, noch hoch. Daher sollten die 2008 neu eröffneten Möglichkeiten für gemeinnützige, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze konsequent genutzt werden.

Der Zugang von Frauen zu Verantwortung und Einfluss (und damit auch Einkommen) ist in Behörden in der Stadt positiv ausgeprägt, während die Situation in den betrachteten Unternehmen ausreichend ist. In der Stadtverordnetenversammlung beträgt der Anteil weiblicher Abgeordneter gegenwärtig nur 27 %. Die Parteien sollten künftig bei der Nominierung von Kandidaten/innen dem Gender-Aspekt im Sinne einer repräsentativen Demokratie mehr Aufmerksamkeit widmen.

3.4 Versorgung

Versorgung ist das Ergebnis von Arbeitsteilung, weil nicht jeder alles selbst erzeugen kann. Versorgung sollte sich am Bedarf orientieren. Einzel- und Großhandel, Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie soziale Einrichtungen stellen sicher, dass die Menschen Brot kaufen

können, mit Strom und Wasser versorgt werden, und ihre Kinder während der Arbeit nicht alleine lassen müssen.

Aufgabe der Kommunalpolitik ist, dafür Sorge zu tragen, dass Konsumgüter und Dienstleistungen in ausreichendem Maße, in angemessener Qualität und für alle, die sie brauchen, zur Verfügung stehen. Die Kommunalverwaltung kann durch die Gestaltung der öffentlichen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, aber auch durch Aufklärungskampagnen auf die Gewohnheiten der örtlichen Bevölkerung Einfluss nehmen. Nicht zuletzt sollte sie selbst mit gutem Beispiel vorangehen und als verantwortungsvoller Verbraucher agieren.

Im Land Brandenburg wie auch in Strausberg sind nach 1990 in großem Maße neue Einzelhandelseinrichtungen gebaut worden, so dass die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs gewährleistet ist. Übermäßiger Flächenverbrauch durch Versorgungseinrichtungen ist kritisch zu sehen.

Nachhaltige Versorgung schließt die Verantwortung der Verbraucherinnen und Verbraucher mit ein: Die Versorgung vor Ort sollte nicht auf Kosten der Umwelt oder anderer Menschen geschehen:

- Konsum mit möglichst geringem Material- und Ressourcenverbrauch
- Konsum möglichst ohne Ausbeutung ärmerer Länder
- Möglichst hohe Betreuungsqualität für Kinder

Ziele und Indikatoren

3.4.1.1 Konsum mit möglichst geringem Material- und Ressourcenverbrauch

Herstellung, Transport, Konsum und Entsorgung von Verbrauchsgütern benötigen natürliche Ressourcen und erzeugen Verschmutzung der Umwelt. Besondere Bedeutung hat der schonende Umgang mit nicht oder nur unvollständig erneuerbaren Ressourcen.

Indikator 1: Siedlungsabfall- und Wertstoffaufkommen⁴³/Ew; Verwertungsquote

Die Siedlungsabfälle pro Einwohner sind Indikator für die Materialintensität einer Gesellschaft, und für die daraus folgende Belastung der Umweltmedien Wasser, Boden und Luft.

Die Abfallhauptgruppen (gemäß Abfallbilanzen) **Feste Siedlungsabfälle** und **Getrennt erfasste Wertstoffe** haben einen unmittelbaren Einwohnerbezug und werden daher für die Beurteilung der Entwicklung Umgangs mit den Ressourcen herangezogen. Die Verwertungsquote trifft eine Aussage zum Anteil der Abfälle, die zur Verwertung getrennt erfasst werden.

Die Abfallhauptgruppe **Feste Siedlungsabfälle** setzt sich aus den Abfallarten Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Sperrmüll aus Haushaltungen und Gewerbe sowie zusammengefasst „Marktabfälle, Straßenkehricht, Abfälle aus der Kanalreinigung und anders nicht genannte Siedlungsabfälle“ zusammen.

⁴³ Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MLUV): Daten und Informationen zur Abfallwirtschaft 2006, S. 65

Das **Wertstoffaufkommen** setzt sich aus den vom **öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger** erfassten Abfallarten Papier und Pappe, Bioabfälle, kompostierbare Garten- und Parkabfälle, Metalle, elektronische Geräte und sonstige Wertstoffe sowie den durch das **Duale System** erfassten Wertstoffen (Papier und Pappe, Glas und Leichtverpackungen) zusammen.

Die **Verwertungsquote** errechnet sich aus der Summe der Wertstoffe, geteilt durch die „zur Entsorgung anstehende Gesamtmenge an Siedlungsabfällen“⁴⁴. Die **Gesamtmenge an Siedlungsabfällen** ist die Summe der Positionen Feste Siedlungsabfälle und Wertstoffe.

Die Abfallbilanzen des Landes Brandenburg weisen Daten für die Landkreise, kreisfreien Städte und das Land insgesamt aus. Demzufolge liegen für Strausberg als kreisangehörige Stadt neben den Angaben für den dem Landkreis Märkisch-Oderland keine gesonderten Daten vor.

Nach Auskunft der Abfallberatung des Entsorgungsbetriebes Märkisch-Oderland (EMO)⁴⁵ liegt in den städtischen Siedlungen das erfasste Siedlungsabfallaufkommen höher als in den Dörfern (mit Eigenkompostierung und Verfütterung von Abfällen). In der Tendenz kann jedoch von einer gleich gerichteten Entwicklung des Aufkommens ausgegangen werden.

Verlauf:

Feste Siedlungsabfälle (kg/Ew)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
LK MOL	280	261	248	212	176	173
Land Brandenburg	306	289	278	255	252	247

Wertstoffe (kg/Ew)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
LK MOL	144	139	150	142	167	143
Land Brandenburg	170	166	178	172	162	164

Verwertungsquote (%)⁴⁶

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
LK MOL	33,9	34,6	37,8	40,1	48,6	45,2
Land Brandenburg	38,6	40,4	38,5	37,2	37,5	37,7

⁴⁴ Landesumweltamt Brandenburg: Umweltdaten aus Brandenburg. Bericht 2005, S. 196

⁴⁵ Mündliche Mitteilung Frau Träne; EMO Abfallberatung am 20.12.2007

⁴⁶ Angaben Land: Herr Bittrich, LUA, Ref. T5, Angaben MOL: Berechnung Fierment nach Veröff.

MLUR/MLUV

Weitere Quellen:

MLUR: Daten und Informationen zur Abfallwirtschaft 2000; 2001

MLUV: Daten und Informationen zur Abfallwirtschaft 2002/2003

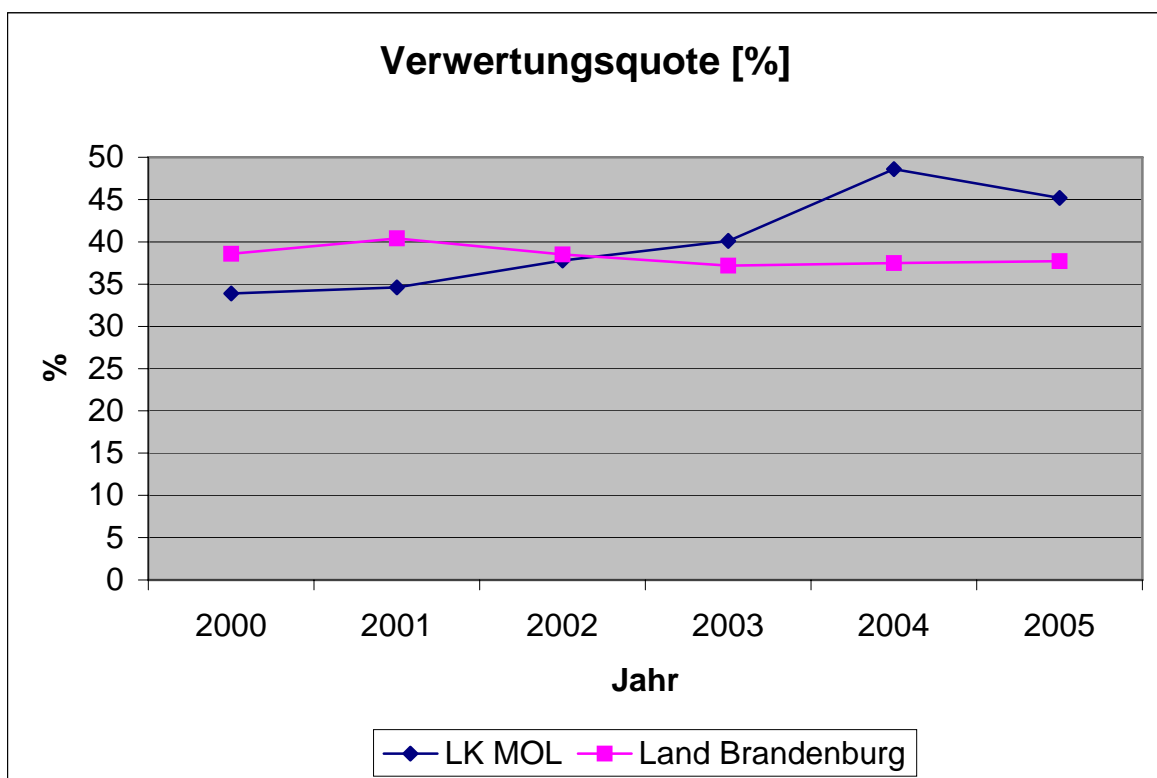
MLUV: Daten und Informationen zur Abfallwirtschaft und Bilanz besonders überwachungsbedürftiger Abfälle 2004

(Anmerkung: Jahreszahl des Berichtes und Berichtsjahr nur teilweise identisch)

Beschreibung:

Im Landkreis MOL ist eine deutliche Abnahme der festen Siedlungsabfälle je Einwohner insbesondere seit 2003 zu verzeichnen, stärker als im Land insgesamt. Die Abfallberatung sieht hier einen Zusammenhang mit der Einführung des Ident-Wäge-Systems, was sich in einer bessere Trennung der Abfälle niederschlug. Die erfassten Wertstoffe/Ew blieben etwa auf gleichem Niveau. Die Verwertungsquote stieg infolgedessen an und lag 2005 um 7,5 % über dem Landesdurchschnitt.

Als problematisch wird die Situation bei der Erfassung von Elektronikschrott eingeschätzt. Es gibt im Landkreis nur die Abfallstation in Rüdersdorf, wo Geräte kostenlos abgegeben werden können. Die Abholung als Sperrmüll wird nicht genug angenommen, so dass Elektronikschrott auch in den Restmüllbehältern landet.



Indikator 2: Einsatz von Recyclingpapier in der Stadtverwaltung

Der Einsatz von Recyclingpapier durch die Stadtverwaltung kann als Indikator dafür gelten, inwieweit die Stadt auf eine umweltfreundliche Beschaffung orientiert ist. Die Herstellung von einem 500-Blatt-Paket Recyclingpapier erspart im Vergleich zum Frischfaserpapier südlicher Herkunft so viele fossile Ressourcen, dass im deutschen Strommix damit eine 100-Watt-Glühlampe 44 Stunden beleuchtet werden könnte. Würde das gesamte in Deutschland eingesetzte Kopierpapier aus Altpapier hergestellt, könnten damit rund 25,4 Millionen Kubikmeter Wasser eingespart werden.⁴⁷

⁴⁷ Ökologischer Vergleich von Büropapieren in Abhängigkeit vom Faserrohstoff. Studie, IFEU Heidelberg 2006

Beschreibung:

Bei der Indikatorerhebung stellte sich heraus, dass die Stadtverwaltung kaum Recyclingpapier anschafft und benutzt. Wie jede große Institution hat sie einen festen Lieferanten für Büromaterial, bei dem sie aufgrund der großen bestellten Menge Mengenrabatt bekommt. Das Papier mit Mengenrabatt ist wiederum preiswerter als Recyclingpapier, die Anschaffung desselben würde sich (betriebswirtschaftlich) nicht lohnen. Lediglich bei Sonderangeboten greift die Stadtverwaltung auf Recyclingpapier zu.⁴⁸

Bei der Erhebung wurde auch deutlich, dass es der Stadtverwaltung hier hauptsächlich darum geht, Kosten zu sparen. Die Stadtverwaltung sollte aber den Bürgern als Vorbild dienen, umweltfreundliche Materialien zu benutzen. Die Stadt kann von ihren Bürgern kaum erwarten, umweltfreundliche Materialien zu nutzen, wenn sie selbst nicht einen aktiven Beitrag leistet.

Indikator 3: Trinkwasserverbrauch der privaten Haushalte (einschließlich Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen)

Erfasst wird der spezifische Wasserverbrauch in Liter je Einwohner und Tag (l/Ew und Tag). Dazu gehört der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen erfasst, nicht aber der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen und Industriebetriebe. Die einwohnerbezogenen Verbrauchswerte wurden aus Daten errechnet, die vom Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) zur Verfügung gestellt wurden.⁴⁹

Verlauf:

Trinkwasserverbrauch der privaten Haushalte in Strausberg

	2004	2005	2006
Verbrauch in m³	922.983	934.920	1.017.417
Einwohner in Strausberg	26.272	26.271	26.167
Verbrauch in l/Ew und Tag	98,7	100,3	109,5

Beschreibung und Interpretation:

Es zeichnet sich von 2004 zu 2007 ein steigender Trinkwasserverbrauch/Ew ab. Aufgrund einer Umstellung im Abrechnungssystem konnte der WSE für die Jahre 2001, 2002 und 2003 keine aussagekräftigen Daten bereitstellen. Daher ist keine Aussage möglich, ob es sich bei dem Anstieg des einwohnerbezogenen Verbrauchs um eine längerfristige Entwicklung handelt.

Durchschnittlich 125 Liter Trinkwasser brauchte der Bundesbürger im Jahr 2006 täglich. Seit 1990 ist damit der spezifische Verbrauch, bezogen auf die Abgabe der öffentlichen Wasserversorgung an Haushalte und Kleingewerbe, um 22 Liter bzw. 15 Prozent gesunken. Mit 93

⁴⁸ Frau Thomas, Stadtverwaltung, Sekretärin, zuständig für die Materialverwaltung und die Poststelle

⁴⁹ Angaben des Wasserverbandes Strausberg-Erkner vom 08.01.2008

In die eigene Berechnung einbezogen wurden die Einzelpositionen Wohngrundstücke unter 10 WE; Hausverwaltungen und Wohnungsgesellschaften; Dienstleister; Hotels, Pensionen, Gaststätten; Kleingartensparte; Wohngrundstücke/Gärten; Tankstellen.

Litern pro Einwohner und Tag liegen die Neuen Bundesländer weiterhin unter dem westdeutschen Durchschnittsverbrauch von 132 Litern⁵⁰. Die Verbrauchswerte in Strausberg liegen demnach unter dem Bundesdurchschnitt, aber über dem Durchschnitt in Ostdeutschland.

Das Trinkwasser wird in der Region aus dem Grundwasser gewonnen. Grundwasser ist eine erneuerbare Naturressource. Die Grundwasserneubildung in der Region Ostbrandenburg war bereits in den vergangenen Jahrzehnten eher gering (Werte zwischen 100 bis 200 mm/a und Zehrung im Mittel der Jahre 1981-2000)⁵¹. Für die Zukunft prognostiziert das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) infolge des Klimawandels die Abnahme der Grundwasserneubildung um 40 Prozent und eine negative Wasserbilanz im Land Brandenburg⁵².

Ein sparsamer Umgang mit der dann nicht mehr ausreichend erneuerten Ressource Trinkwasser ist daher aus Sicht einer nachhaltigen Entwicklung geboten, zumal bei geringerem Verbrauch auch der Energiebedarf für die Trinkwassergewinnung und Abwasserreinigung sinkt.

3.4.1.2 Konsum möglichst ohne Ausbeutung ärmerer Länder

Viele Waren sind in unserer globalisierten Welt deshalb preisgünstig zu haben, weil sie unter Bedingungen produziert werden, die wir vor Ort nicht akzeptieren würden (Kinderarbeit, Umweltzerstörung, lange Arbeitszeiten ...). Wir als Endverbraucher bekommen nur wenig mit von den Bedingungen, unter denen Produkte produziert werden – auf der anderen Seite erreicht oft nur ein Bruchteil des Verkaufspreises diejenigen, die sie produziert haben. Der faire Handel hat es sich zum Prinzip gemacht, Arbeit menschenwürdig zu gestalten und Produkte zu gerechten Preisen zu verkaufen. Der Umsatz fair gehandelter Produkte ist daher ein Maßstab, inwieweit Verbraucherinnen und Verbraucher globale Verantwortung übernehmen. Produkte aus fairem Handel erkennt man an anerkannten Fair-Trade-Siegeln (z.B. TransFair, gepa, Max Havelaar).

Indikator: Umsatzentwicklung von Eine-Welt-Produkten eines Eine Welt- und Bioladens

Da es nicht gelang, Daten zum Umsatz fair gehandelter Produkte in Supermärkten gesondert zu ermitteln (Aufschlüsselung war nicht möglich bzw. keine Fair-Trade-Produkte im Sortiment), wurde die Entwicklung des Umsatzes eines Eine-Welt- und Bio-Ladens in der Altstadt von Strausberg als Indikator für nachhaltigen Konsum herangezogen. Das Geschäft wurde 2001 eröffnet; 2002 war das erste vollständige Geschäftsjahr.

⁵⁰ BGW News April 2007; zit. nach: Amtsblatt f. d. Stadt Eberswalde, Ausgabe 5/2007, S. 12

⁵¹ Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Bericht zur Bestandsaufnahme für das Land Brandenburg. (C-Bericht) Landesumweltamt Brandenburg 2005, S. 113)

⁵² Woidke, D.: Einheit für Vielfalt oder zu einigen aktuellen Fragestellungen der Naturschutzpolitik des Landes Brandenburg. Rede auf der Landesvertreterversammlung des NABU Brandenburg in Potsdam am 17.11.2007

Verlauf:

Entwicklung des Umsatzes eines Eine-Welt-und Bioladens in Strausberg⁵³

	2002	2003	2004	2005	2006
Umsatz insgesamt in %	100	175	248	309	331
Umsatz in % von Produkten mit 16% Mehrwertsteuer	100	153	195	219	224

Beschreibung und Interpretation:

Im Umsatz des Geschäftes dominieren die Bioprodukte (ca. 70% des Umsatzes). Die schnelle Entwicklung bis 2004 weist auf einen schnell wachsenden Kundenstamm für Bioprodukte hin (anteilig auch solche mit Fair-Trade-Siegel).

Für die Einschätzung der Entwicklung des Umsatzes von Eine-Welt-Artikeln erscheinen die Produkte mit 16 % Mehrwertsteuer (Non-Food-Artikel) geeigneter als der Gesamtumsatz. Auch hier ist ein schneller Anstieg bis 2004 zu verzeichnen und mit stabiler, leicht steigender Tendenz bis 2006.

Es kann - ungeachtet der im Beispiel aufgezeigten positiven Entwicklung - noch nicht davon ausgegangen werden, dass der Kaufentscheidung für einen Eine-Welt-Artikel in der Regel ein Bewusstsein globaler Verantwortung zugrunde liegt. Hier einen Bewusstseinswandel zu befördern, ist ein noch zu erschließendes Tätigkeitsfeld der Lokalen Agenda 21 und der Kommune, z.B. durch Ausschank von Fair-Trade-Kaffee in Kantinen oder bei Veranstaltungen der Stadt und ihrer Unternehmen.

3.4.1.3 Möglichst hohe Betreuungsqualität für Kinder

Was früher durch Großfamilien und enge soziale Netze geleistet wurde, entwickelt sich in der heutigen Gesellschaft zu einer Herausforderung: die Betreuung der ganz jungen und ganz alten Mitglieder der Gesellschaft. Eine ganztägige, durchgehende Betreuung auch für Kinder unter 3 Jahren gewinnt immer mehr an Bedeutung, da die schrumpfende und überalterte Bevölkerung Deutschlands in Zukunft unter akutem Fachkräftemangel leiden wird. Das größte noch verfügbare Fachkräftereservoir in Deutschland sind Frauen, die nach Geburt ihres/ihrer Kinder gar nicht oder erst nach vielen Jahren wieder in das Berufsleben zurückkehren. Dies hat die Bundesregierung erkannt und forciert daher den Ausbau von Betreuungsplätzen für die Kleinsten. Nur so kann sichergestellt werden, dass Frauen schnellstmöglich wieder in das Berufsleben einsteigen. Ob durch diese Maßnahme die Geburtenrate deutlich erhöht werden kann, muss die Entwicklung innerhalb der nächsten Dekade zeigen. Ein Vergleich mit den höheren Geburtenraten in manchen europäischen Ländern ist, aufgrund anderer flankierender Rahmenbedingungen in der Familienpolitik dort, nur schwer möglich.

⁵³ Schriftliche Mitteilung Näther 31.01.2008; Gespräch mit T. Luther, 01.02.2008

Indikator: Ganztägige Betreuungsplätze für Kinder nach Alter im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kinder

Die Versorgung von Kindern ist oft nicht in angemessener Qualität sichergestellt oder wird unter großer persönlicher Belastung Einzelner (meist Frauen) geleistet. Das Angebot an Ganztagsbetreuung für Kinder zeigt die Bereitschaft der Gesellschaft, eine soziale Infrastruktur zur gemeinschaftlichen Unterstützung ihrer abhängigen Mitglieder zu finanzieren.

Erfasst wurden die Plätze in Krippen (Kinder im Alter von 0 – 3 Jahren), Kindergärten (Kinder im Alter von 3 – 6 Jahren) und Horten (Kinder im Alter von 6 – 12 Jahren).

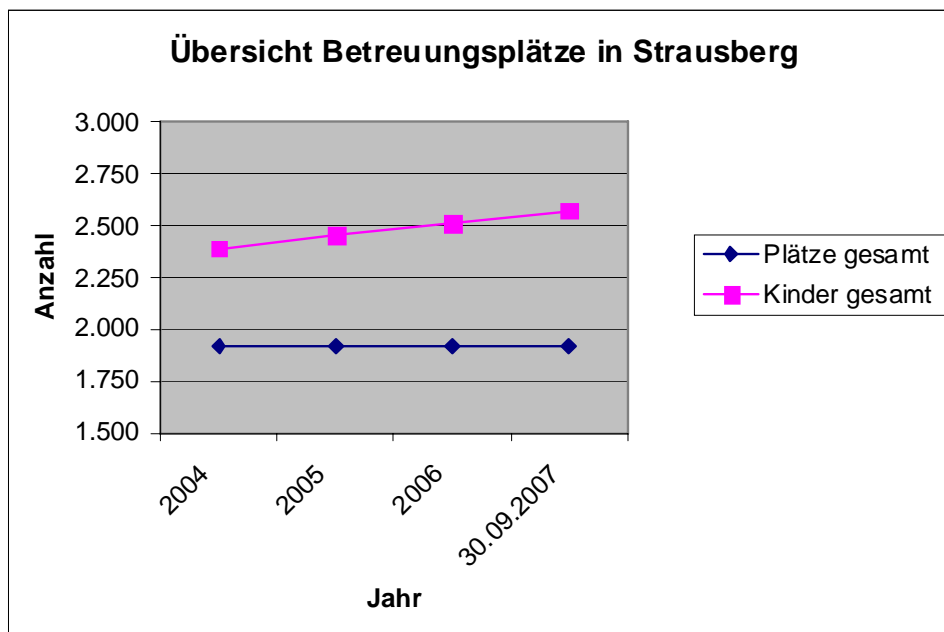
Strausberg bietet 10 Kinderkrippen, die in 10 Kindergärten integriert sind, und acht Horte. Außerdem sind zwei Integrationskindergärten vorhanden.

Verlauf:

Betreuungsplätze zu Kindern in Strausberg⁵⁴

Art	Jahr	2004 [Plätze/Kinder]	2005 [Plätze/Kinder]	2006 [Plätze/Kinder]	30.09.2007 [Plätze/Kinder]
Krippen- und Kindergartenplätze		1169/1365	1169/1378	1169/1385	1169/1379
Hortplätze		746/1.026	746/1.075	746/1.126	746/1.196
Plätze gesamt zu Kindern gesamt		1.915/2.391	1.915/2.453	1.915/2.511	1.915/2.575

Außerdem sind in Strausberg vier private Tagespflegepersonen⁵⁵ vorhanden, von denen eine fünf Plätze für Kinder im Alter von 0 bis 5 Jahren, eine 5 Plätze für Kinder im Alter von 1 – 5, eine fünf Plätze für Kinder im Alter von 0 – 4 Jahren und eine 3 Plätze für Kinder im Alter von 0 – 6 Jahren anbietet.



⁵⁴ Frau Hammerschmidt, Stadtverwaltung, zuständig für Statistik und Wahlen

⁵⁵ Telefongespräch mit Frau Kühne und Frau Schneider, <http://www.stadt-strausberg.de/content/rubrik/51>

Beschreibung und Interpretation:

Da alle Krippenplätze in die Kindergärten integriert sind⁵⁶, lässt sich jeder Kindergarten- auch als Krippenplatz auslegen und jeder Krippen- als Kindergartenplatz. Von Jahr zu Jahr kamen weniger „Strausberger“ in das krippenfähige Alter – im Durchschnitt von 2004 bis 2006 12 Kinder weniger pro Jahr. Es ist davon auszugehen, dass die Betreuungsplätze in Strausberg für Vorschulkinder ausreichend sind, zumal ein gesetzlicher Betreuungsanspruch erst ab dem dritten Lebensjahr des Kindes besteht.

Allerdings wurde auch deutlich festgestellt, dass die Betreuungsplätze nur noch schwerlich ausreichen werden, wenn ein gesetzlicher Betreuungsanspruch ab dem ersten Lebensjahr des Kindes festgelegt wird. Dies gilt vor allem im Innenstadtbereich, der eine höhere Einwohnerdichte aufweist als die Randgebiete.

Mit diesem Indikator wird lediglich festgestellt, wie viele Betreuungsplätze die Stadt aufweist und ob diese ausreichend für alle Kinder sind. Wie gut die Betreuungsstellen für die Eltern zu erreichen sind – auch mit ÖPNV – und wie die Qualität der Betreuung ist, darüber wird hier keine Aussage getroffen.

3.4.2 Gesamtbewertung Versorgung

Die Betrachtung dieses Themenfeldes unter dem Aspekt „Konsum mit geringer Umweltbelastung“ zeigte, dass sich das Konsumverhalten in den letzten Jahren geändert hat. Abfallvermeidung und Recycling sind zu einem wichtigen Thema geworden. Recycling spart Rohstoffe und trägt zur Reduktion des Abfallaufkommens bei. Bedingung ist aber, dass Produkte mit Rohstoffen aus dem Recycling auch eingesetzt werden. Die Kommune sollte den Bürgern da mit gutem Beispiel vorangehen. In der Stadtverwaltung Strausberg wird Recyclingpapier jedoch nur eingesetzt, wenn es verbilligt eingekauft werden kann. Die schon seit Jahren etablierte Bewegung „Umweltfreundliches Büro“ (z.B. von B.A.U.M. e.V. seit ca. 15 Jahren propagiert) sollte auch in Strausberg zum Thema werden.

Der Trinkwasserverbrauch hat sich in Strausberg in den vergangenen Jahren erhöht und lag 2006 mit 109,5 l/EW und Tag zwar unter Bundesdurchschnitt (132 l/EW und Tag), aber über dem Durchschnitt in Ostdeutschland (93 l/EW und Tag).

Der Umsatz des Eine-Welt-Ladens und eines Bioladens in Strausberg zeigte in den letzten Jahren eine Steigerung, sodass von einem positiven Trend gesprochen werden kann.

In der Betreuungsqualität für Kinder ist in Strausberg ein hoher Standard erreicht worden, wie die entsprechenden Zahlen in diesem Bericht belegen. Diesen Standard auch in Zukunft beizubehalten und bei Erfordernis auszubauen, wird zu den wichtigen Aufgaben zählen.

⁵⁶ Frau Pallarz, Stadtverwaltung, Fachgruppenleiterin Schulen / Sport und Kindertagesbetreuung

3.5 Freizeit und Bildung

Freizeit bedeutet den meisten Menschen, Zeit für sich selbst, für Familie und Freunde zu haben. Man will verreisen, Sport treiben, sich bei einem Restaurantbesuch verwöhnen lassen oder einfach mal „nichts tun“. Freizeit heißt Freiheit von Zwängen und Zeitdruck, heißt können statt müssen. Freizeit kann aber auch Zeit dafür sein, die Gemeinschaft mit zu gestalten – ob durch ehrenamtliches Engagement oder dadurch, dass Auswirkungen auf die Umwelt im Blick behalten werden. Freizeit heißt Zeit zum Entdecken – nicht nur der eigenen Fähigkeiten, sondern auch der Mitmenschen und der Schönheit der Natur.

Obwohl Freizeit die Individualität des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt, spielt die Kommune eine wichtige Rolle. Sie stellt Erlebnis- und Entfaltungsräume, Bildungs- und Freizeitinfrastruktur zur Verfügung, kann Strukturen für ehrenamtliches Engagement und dafür, dass Menschen zusammenkommen, fördern.

In Strausberg bestehen gute Voraussetzungen für sportliche und musische Aktivitäten der Freizeitgestaltung (Sport- und Erholungszentrum, Schwimmbhalle, Badeanstalt, Fanfarenzug, Tanztheater, Bibliotheken für Kinder und Erwachsene). Die Vereine haben mit ihrem ehrenamtlichen Engagement daran hohen Anteil. Ein Defizit (im Vergleich zu anderen Brandenburger Mittelzentren) ist das Fehlen eines modernen Lichtspieltheaters.⁵⁷

Die im Ort und seiner näheren Umgebung vorhandenen klimatischen Bedingungen entsprechen den Anforderungen, die an einen Erholungsort gestellt werden⁵⁸. Während es 2000 noch Probleme mit dem lungengängigen Feinstaub (PM10) aufgrund der Nähe zum Zementwerk Rüdersdorf gab, bescheinigten Messungen des Instituts für Klimatologie der Humboldt-Universität über das gesamte Jahr 2004 am Heimatmuseum der Stadt („städtischer Hintergrund“) eine sehr gute Luftqualität auch für diesen Parameter. Der Grenzwert für den Tagesmittelwert (50 Mikrogramm je Kubikmeter Luft) wurde nur an 5 Tagen im Jahr überschritten. Zulässig sind Überschreitungen an bis zu 35 Tagen. Der Jahresdurchschnittswert lag bei 19 Mikrogramm je Kubikmeter Luft, der Grenzwert nach Bundesimmissionsschutzgesetz von 40 Mikrogramm je Kubikmeter Luft wurde demnach weit unterschritten⁵⁹.

Nachhaltige Freizeitgestaltung sollte vor allem die Auswirkungen auf die Gemeinschaft und die Umgebung im Blick haben:

- Möglichst hoher Erholungswert der örtlichen Landschaft und Schutz örtlicher Naturflächen
- Möglichst energiesparende Freizeitgestaltung
- Möglichst hohe Integration benachteiligter Gruppen

⁵⁷ im „Club am See“ und im Kustall finden jedoch regelmäßig Filmvorstellungen statt

⁵⁸ Amtliches Gutachten des Deutschen Wetterdienstes Klimabeurteilung 15344 Strausberg, Potsdam 12. Januar 2006)

⁵⁹ Mitteilung ÖKO-DATA GmbH, 2007

Ziele und Indikatoren

3.5.1.1 Möglichst hoher Erholungswert der örtlichen Landschaft und Schutz örtlicher Naturflächen

Natur und Landschaft sind oft einem starken Nutzungsdruck ausgesetzt – durch Bebauung, aber auch durch Erholungs- und Sportaktivitäten. Die Größe der in einer Kommune unter Schutz gestellten Fläche zeigt, wie sehr man sich der ökologischen Bedeutung von natürlichen und naturnahen Flächen für den besiedelten Lebensraum bewusst ist.

Indikator 1: Unter Schutz gestellte Fläche in % der Gemarkung

Als geschützte Gebiete werden bei diesem Indikator Gebiete mit hohem Schutzstatus erfasst:

- Natura 2000 – Gebiete nach FFH⁶⁰- und Vogelschutzrichtlinien der EU
- Naturschutzgebiete nach § 23 Bundesnaturschutzgesetz
- Nationalparke nach § 24 Bundesnaturschutzgesetz
- Flächenhafte Naturdenkmale nach § 28 Bundesnaturschutzgesetz

Ergänzend erfasst wird der Anteil an Landschaftsschutzgebieten aufgrund ihrer Bedeutung für die Erholung in der Gemarkung von Strausberg.

Naturschutzgebiete werden festgesetzt, wenn ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft zur Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten wildlebender Tier- und Pflanzenarten erforderlich ist. Hinzu kommen ökologische, wissenschaftliche, natur- und erdgeschichtliche oder landeskundliche Gründe sowie Seltenheit, Vielfalt oder besondere Eigenart des Gebietes⁶¹.

Landschaftsschutzgebiete stehen wegen der Vielfalt, Eigenart oder Schönheit des Landschaftsbildes oder wegen ihrer besonderen Bedeutung für die naturnahe Erholung unter Schutz. Verboten sind Handlungen, die den Charakter des Gebietes verändern, den Naturhaushalt schädigen und das Landschaftsbild verunstalten bzw. den Naturgenuss beeinträchtigen⁶².

Beschreibung⁶³:

Naturschutzgebiete (NSG):

- NSG Herrensee, Lange-Damm-Wiesen und Barnimhänge⁶⁴ – anteilig in Strausberg (SRB) ca. 725 ha⁶⁵
- NSG Zimmersee – anteilig in SRB ca. 7,3 ha
- Ruhlsdorfer Bruch – anteilig in SRB ca. 119 ha

Diese NSG haben auch den Status eines FFH-Gebietes.

⁶⁰ Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen

⁶¹ BbgNatSchG, §§ 21

⁶² BbgNatSchG, §§ 22

⁶³ Angaben nach schriftlicher Mittelung von Jürgen Trakat, LK Märkisch Oderland, Umweltamt, Fachdienst Untere Naturschutzbehörde vom 08.02.2008

⁶⁴ De jure existiert noch das NSG Lange-Damm-Wiesen und Barnim-Hänge. Es liegt jedoch innerhalb des NSG Herrensee, Lange-Damm-Wiesen und Barnim-Hänge und konnte mangels Übertragung der entsprechenden Befugnis an den LK MOL noch nicht aufgehoben werden.

Naturdenkmal:

- Trollblumenwiese am Straussee – 1,6 ha

Das **Naturschutzgebiet Herrensee, Lange Dammwiesen und Barnimhänge** (das sich am östlichen Stadtrand von Strausberg von den Collegenbergen und dem Fasanenpark in südwestlicher Richtung bis an die Gemeindegrenzen von Rüdersdorf/OT Tasdorf erstreckt), weist auf vergleichsweise engem Raum eine standörtliche Mannigfaltigkeit geologischer, geomorphologischer und hydrologischer Gegebenheiten auf, die in Brandenburg ihresgleichen sucht. Die standörtliche Vielfalt bietet Lebensräume für zahlreiche geschützte und vom Aussterben bedrohte Pflanzen- und Tierarten⁶⁶.

Große Bedeutung für die naturnahe Erholung in der Strausberger Gemarkung haben die **Landschaftsschutzgebiete (LSG):**

- LSG Strausberger und Blumenthaler Wald- und Seengebiet - Anteil SRB ca. 3059 ha
- LSG Strausberger Sander-, Os- und Barnimhang-Landschaft – Anteil SRB ca. 883 ha
- Naturpark „Märkische Schweiz“ – Anteil SRB ca. 1107 ha.

Geschützte Flächenanteile von Strausberg insgesamt⁶⁷:

	ha	Anteil in %
Gesamtfläche Strausberg	6.813	100
Flächen unter Naturschutz	852,9	12,5
Flächen unter Landschaftsschutz	5.049	74,1
gesamt	5.901,9	86,6

Die Naturschutzgebietsfläche in Deutschland beträgt mit Stand 12/2006 1.194.227 ha. Dies entspricht 3,3 % der Gesamtfläche.⁶⁸

In Strausberg, der grünen Stadt am See, hat Schutz von Natur und Landschaft bereits eine längere Tradition, was auch in dem hohen Anteil von Flächen mit Schutzstatus zum Ausdruck kommt. Das sind gute Voraussetzungen für die Natur- und Umweltbildung mit überregionalem Anspruch ebenso wie für naturverträgliche Erholungsnutzung auch in Zukunft aber auch Verpflichtung mit diesem Schatz sorgsam umzugehen.

Indikator 2: Qualität von Badegewässern in Strausberg und Umgebung

Für die Bewertung der Qualität der Seen in der Badesaison werden an den Badestellen Wasserproben durch die Gesundheitsämter entnommen. Der Bewertung liegen die Parameter

- Gesamtkoliforme (*hier: GK*)
- Fäkalkoliforme (*hier: FK*)
- ph-Wert
- Transparenz (Sichttiefe)

zugrunde. Die Ergebnisse werden vom Landesumweltamt (Ref. Ö4⁶⁹) zusammengefasst. Für die Bewertung steht die Mikrobiologie (*MB*) der Seen im Vordergrund, gekennzeichnet durch

⁶⁶ Erläuterungen auf der Topografischen Karte 1:25 000 Strausberg und Umgebung, Hrsg.: Landesvermessungsamt Brandenburg, 1. Aufl.1998

⁶⁷ Angaben nach schriftlicher Mitteilung von Jürgen Trakat, LK Märkisch Oderland, Umweltamt, Fachdienst untere Naturschutzbehörde vom 08.02.2008

⁶⁸ http://www.bfn.de/0308_nsg.html

⁶⁹ Frau Grunewald, Ref. Ö4 (Wasserrahmenrichtlinie, Hydrologie, Gewässergüte, Tel.: 033 201/442-651; Rücksprache G. Fierment am 20.11.07)

Gesamtkoliforme (Kolibakterien) und darunter Fäkalkoliforme. Für diese Parameter bestehen Leitwerte und Grenzwerte der EG. Leit- und Grenzwertüberschreitungen werden ausgewiesen. Bei Grenzwertüberschreitungen wird die Badestelle gesperrt (solange die Überschreitung andauert).

Messergebnisse (Zusammenfassung):

Qualität von Badegewässern in Strausberg und Umgebung

Badestellen⁷⁰	2006		2007	
	Anzahl Pro-beentnahmen	EG-Leitwert-Überschreitungen	Anzahl Pro-beentnahmen	EG-Leitwert-Überschreitungen
Straussee				
Strandbad	10	1	10	3 (dar. 3 FK)
Jenseits des Sees	8	3 (dar. 1 MB)	10	3
Liegewiesen Nord	9	3 (dar. 1 FK)	10	1
Badstraße	10	4 (dar. 2 FK)	10	4 (dar. 1 FK; 1 MB)
Bötzsee				
FKK „Hochspannung“	10	2	10	3
Postbruch	10	3 (dar. 1 FK)	10	3
Fängersee				
Badestelle Strausberg	5	1	5	1
Ruhlsdorfer See				
Hohenstein	5	4 (dar. 1 FK)	8	8 (zeitweilige Sperrung)
Großer Stienitzsee				
Strandbad Hennickendorf	10	3	10	3

⁷⁰ Ausweisung von Badegewässern und Badestellen im Land Brandenburg 2005, Bekanntmachung des MASFG vom 12. April 2005, Amtsblatt für Brandenburg – Nr. 16 vom 27. April 2005, S. 512, 513

In der obigen Übersicht sind Aussagen der Einzelmessungen für die Strausberger Seen 2006 und 2007 aggregiert worden. Die Einzelmessungen wurden von jeweils Ende April bis Anfang September durchgeführt.

Ältere Angaben zur Badewasserqualität des Straussees (CD-ROM Ökobase 7.0; Umweltbundesamt/Clemens Hölter GmbH) an der Badestelle Badstraße weisen für 1998, 2000, und 2002 „gute“, für 2002, 2003 und 2004 „annehmbare“ Qualität auf (während dem Schermützelsee in Buckow durchgehend „gute“ Qualität attestiert wurde).

Die folgende Tabelle zeigt die Spannen der ermittelten **Sichttiefen**. Einbezogen wurden alle Werte von den o.g. Badestellen im Messzeitraum.

Spannen der Transparenz (Sichttiefen) an den Badestellen der Seen von Strausberg und Umgebung

	2006	2007
Straussee	2,0 bis >4	2,0 bis >4
Bötzsee	1,5 bis 3,4	2,5 bis 4
Fängersee	1,5 bis 3,0	2,0 bis 2,5
Ruhlsdorfer See	1,2 bis 2,1	1,2 bis 2,0
Stienitzsee	2,2 bis > 4	2,0 bis 3,5

Die Sichttiefen waren insgesamt durchgehend gut - mit einer Ausnahme am Ruhlsdorfer See in 9/2007. Die höchsten Transparenzen wurden im Straus- und Bötzeesee ermittelt.

Die pH-Werte lagen 2006/07 in allen Seen bei 7,5 bzw. 8,0 (leicht basisch).

Beschreibung:

Leitwertüberschreitungen konzentrierten sich auf die Monate Juli/August und betrafen überwiegend Gesamtkoliforme und Fäkalkoliforme. Eine Sperrung gab es wegen **Überschreitung der EG-Grenzwerte** im Jahr 2007 am Ruhlsdorfer See.

Am Straussee gab es sowohl 2006 als auch 2007 **EG-Leitwertüberschreitungen für fäkalkoliforme Bakterien** an der Badestelle Badstraße, 2007 mehrmals auch im Strandbad. EG-Grenzwerte wurden nicht überschritten.

Beim Ruhlsdorfer See könnten Einträge aus der Landwirtschaft die Ursache der Grenzwertüberschreitung sein. Beim Straussee wäre die Ausstattung der Badestellen mit (mobilen) Toiletten ein Beitrag zur weiteren Verbesserung der mikrobiologischen Daten (Einhaltung der EG-Leitwerte).

Indikator 3: Neuanpflanzung von Bäumen im öffentlichen Raum pro Jahr

Hier soll festgestellt werden, was die Stadt Strausberg für die Begrünung der Stadt tut, bzw. wie „grün“ die Stadt Strausberg auch in Zukunft sein kann. Die Bürger/innen können sich nur mit der „grünen Stadt am See“ identifizieren, wenn diese hält, was sie verspricht. Besonders wichtig ist die Pflanzung von Straßenbäumen, denn Straßenbäume

- filtern Schadstoffe aus der Luft,
- spenden Schatten und reduzieren die Temperatur,
- erhöhen die Luftfeuchtigkeit,
- binden Kohlendioxid und produzieren Sauerstoff,
- mindern (sehr begrenzt) den Lärm, (verbergen den Blick auf Lärmquellen),
- verringern die Windgeschwindigkeiten in engen Straßenräumen und
- sind Lebensräume für Tiere und verbessern das Wohlbefinden der Menschen.⁷¹

Diese Eigenschaften sind natürlich auch auf Bäume zutreffend, die nicht im Straßenbereich stehen.

Der Indikator war schwer zu erheben, da die Daten bisher nie statistisch erfasst wurden. Ende 2004 wechselte zudem der Bearbeiter, sodass es sich als schwierig erwies, die Zahlen überhaupt zu finden.

Jedes Jahr müssen in Strausberg ca. 50 – 60 Bäume aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt werden. Mitunter ist es günstiger, einem neuen jungen Baum die Chance zu geben, groß zu werden als dem in seiner Vitalität erheblich geschädigten Baum. Insbesondere, wenn die zu erwartende Lebensdauer unter 10 Jahren liegt.

Verlauf:

Neupflanzungen von Bäumen im öffentlichen Raum von Strausberg⁷²

Jahr	1997	1999	2000	2001	2002	2003	2005	2006	2007
Neupflanzungen	77	22	24	62	26	110	0	0	452

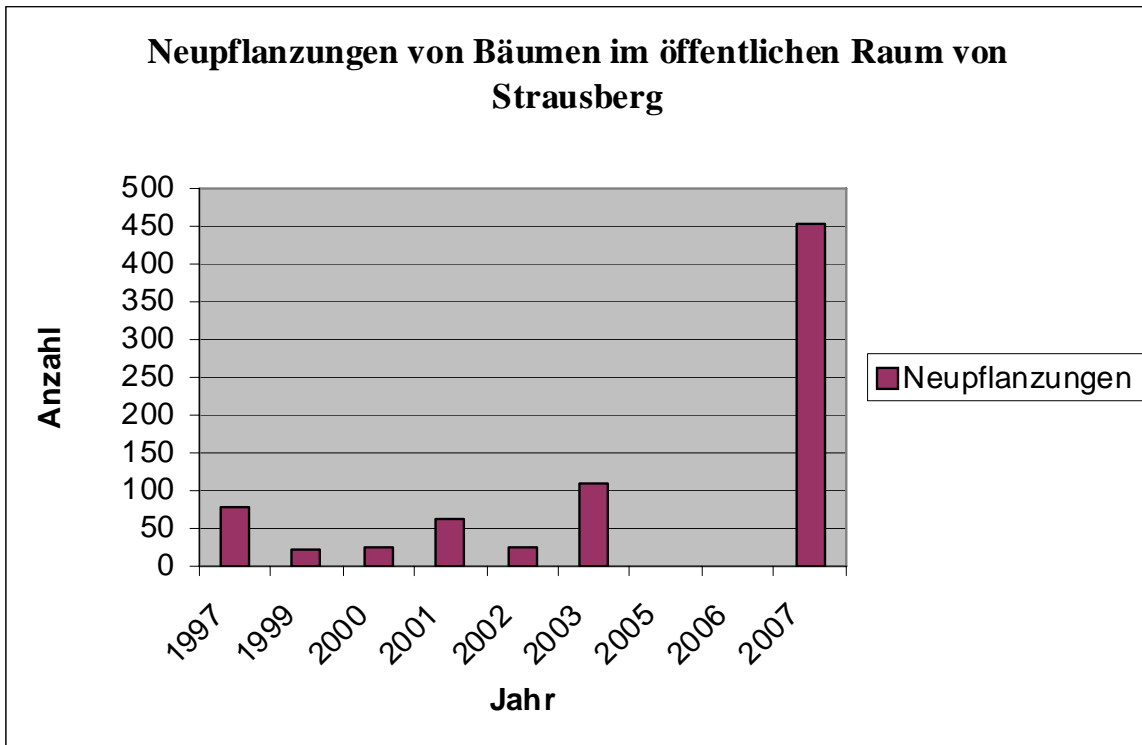
Beschreibung:

Wenn vor 2005 Geld für Neupflanzungen für Bäume vorhanden war, wurden Jungbäume verschiedener Arten - darunter oft *Tilia cordata* (Winterlinde), *Ulmus resista* (Hybrid, „Resistente Ulme“), *Aesculus hippocastanum* (Gewöhnliche Rosskastanie) und *Acer platanoides* (Spitzahorn) - gesetzt, auch wenn man bedauerte, diese nicht ordnungsgemäß umsorgen zu können.

Vor allem in den letzten zwei Jahren (2005, 2006) plante man gezielt Neuanpflanzungen von Jungbäumen, die im Jahr 2007 auch vorgenommen wurden - darunter oft *Acer platanoides* „Olmstedt“ (Spitzahorn) und viele verschiedene Arten. 395 Bäume werden im Straßenbereich gesetzt, 57 Bäume auf Grünflächen und Schulgrundstücken. Die Pflanzungen ziehen sich voraussichtlich bis ins Jahr 2008, dennoch werden auch 2008 Bäume gepflanzt werden.

⁷¹ <http://www.fachschule-gartenbau.de/Download/gruwi-strasse.pdf>

⁷² archivierte Daten aus dem Datenarchiv der Stadtverwaltung, zuständige Person: Fr. Ruschig, eingesehen am 23.11.07



Seit 2005 ist ein erfreulicher positiver Trend zu erkennen, denn auch wenn in den Jahren 2005 und 2006 kein Baum gepflanzt wurde, so sind es doch 2007 mehr als in den Jahren 1997 – 2003 zusammen.

Außerdem ist hier anzuführen, dass Strausberg ca. 30 ha öffentliche Grünflächen hat, die gepflegt, d.h. z.B. gemäht, werden. Es kommen aber nur neue öffentliche Grünflächen dazu, wenn Wohngebiete neu geplant werden.

Die hier erhobenen Daten beziehen sich nur auf die von der Stadtverwaltung gesetzten Bäume, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie Pflanzungen im privaten Bereich sind nicht mit inbegriffen.⁷³

3.5.1.2 Energiesparen bei Bildung und Freizeitgestaltung

Ein großer Teil der örtlichen Veranstaltungsräume befinden sich in kommunaler Trägerschaft. Der Energie- und Stromverbrauch kommunaler Bildungseinrichtungen zeigt, ob die Kommune als Betreiberin und Eigentümerin der Gebäude ihre Möglichkeiten zur Senkung des Ressourcenverbrauchs nutzt und damit globale Verantwortung übernimmt.

Indikator: Heizenergie- und Stromverbrauch in einer kommunalen Bildungseinrichtung

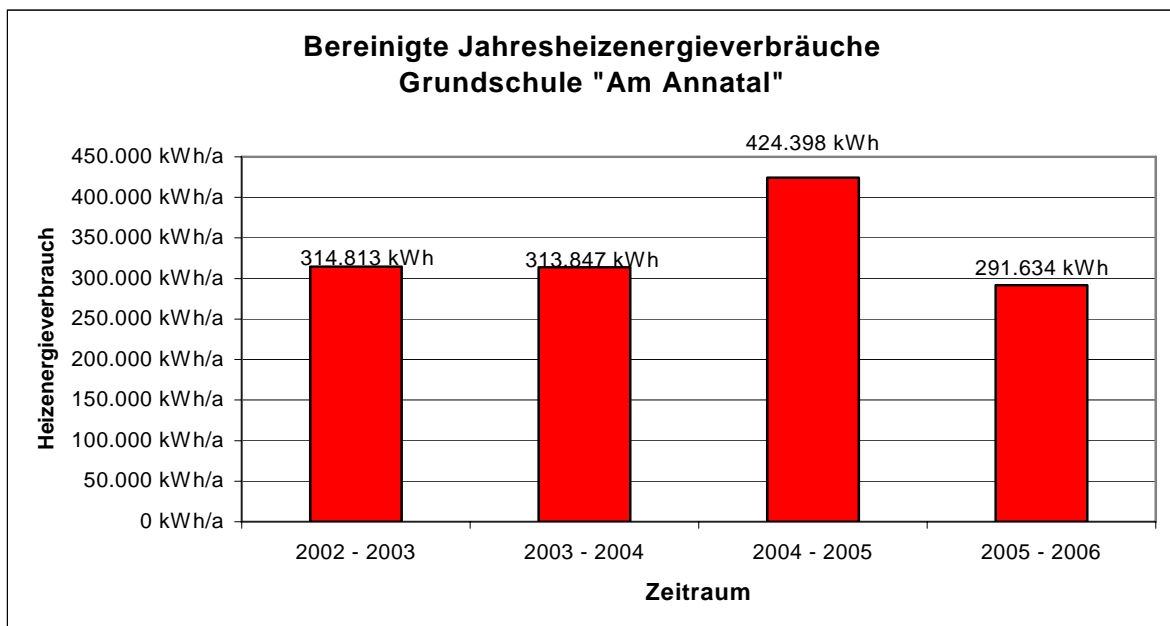
Schulen und Schwimmbäder, Mehrzweckhallen und Fußballstadien sind wichtige soziale Treffpunkte, haben aber oft einen hohen Energie- und Stromverbrauch. Setzt eine Kommune Einsparmaßnahmen in ihren eigenen Gebäuden um, kann sie zweierlei erreichen: Zum einen werden der Energie- und Stromverbrauch und damit auch die Kosten spürbar gesenkt. Zum

⁷³ Frau Dietrich, Stadtverwaltung, zuständig für Grünflächen, Spielplätze und Kriegsgräber

anderen entfalten solche Maßnahmen erst durch ein verändertes Nutzerverhalten ihre maximale Wirkung. Aufgeklärte Schüler/innen und Sportler/innen wiederum können energiebewusste Verhaltensweisen auch auf andere Lebensbereiche übertragen.

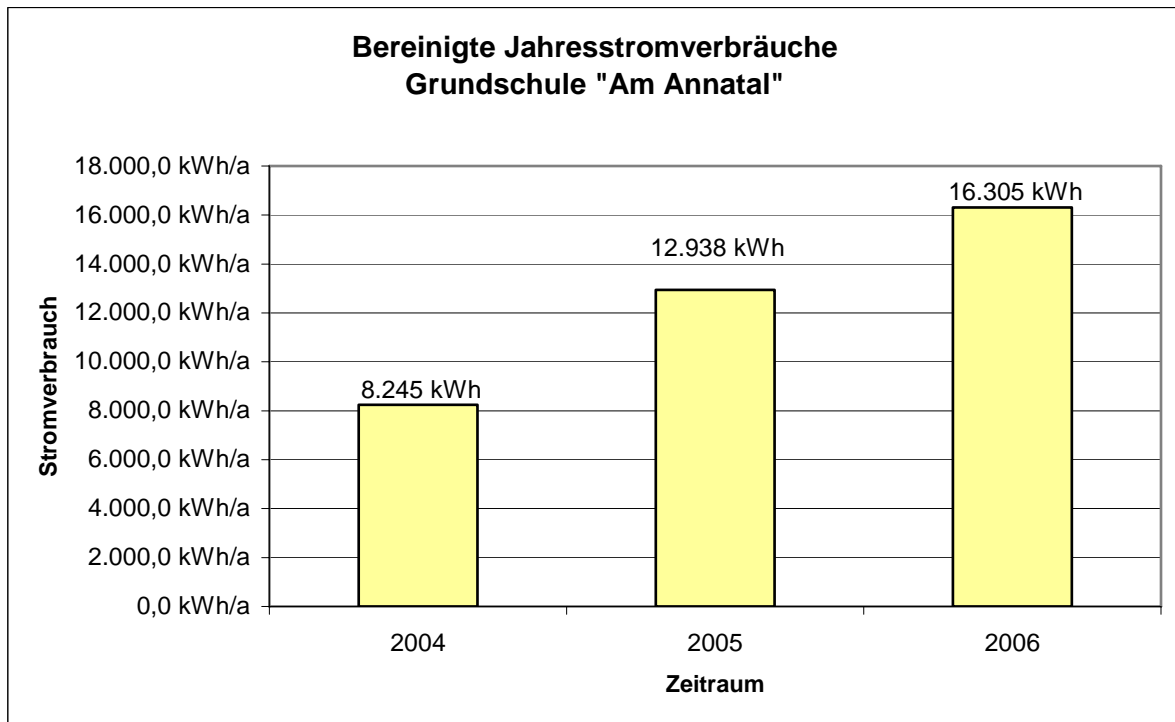
Am Beispiel der Grundschule „Am Annatal“ in Strausberg wurden Verbrauchskennwerte für Heizenergie und Strom ermittelt (Redlich, 2007⁷⁴). Bei dem Objekt handelt es sich um eine einzügige Schule in Typprojektbauweise mit Baujahr 1986. Die bauliche Hülle des Objektes besteht seit ihrer Erstellung bis zum heutigen Tage im ursprünglichen Zustand. Teilweise wurden großflächige Fensteranlagen, sowie die Eingangstür ersetzt. Bei der installierten Heizungsanlage handelt es sich um ein Zweirohrsystem mit unterer Verteilung. Die Kellerverteilungsleitung wurde im Tichelmann-System verlegt. Als Heizkörper wurden unter dem überwiegenden Teil der Fenster Gussradiatoren vom Typ SR 500 / 160 verwendet. In den sanierten Bädern wurden die Radiatoren durch moderne Plattenheizkörper ersetzt. Sämtliche Heizkörper sind mit nicht voreinstellbaren Thermostatventilen versehen. Ein hydraulischer Abgleich der Heizungsanlage konnte nicht festgestellt werden. Das Gebäude wird über eine indirekte Fernwärmestation versorgt und verfügt über eine zentrale Warmwasserbereitungsanlage mit Zirkulationsleitung⁷⁵.

Verlauf:



⁷⁴ „Grundlagenbildung für den Einsatz regenerativer Energien“, Dipl.-Ing. (FH) Bernd Redlich, 2007

⁷⁵ Zitiert aus schriftlicher Information von Bernd Redlich, 01.02.2008



Bei den in obigen Diagrammen (Redlich 2008) dargestellten Werten handelt es sich um bereinigte Größen. Bereinigt heißt, dass sämtliche Zeit-Bezüge auf ein volles Jahr berechnet wurden. Der Witterungseinfluss auf den außentemperaturabhängigen Anteil des Wärmeverbrauchs wurde durch den Bezug auf einen Mittelwert (Würzburg) bereinigt.

Beschreibung und Interpretation:

Die im ersten Diagramm dargestellten **Jahresheizenergie-Verbräuche** zeigen ein relativ stabiles Verbrauchsverhalten mit lediglich einem lokalen Maximum.

Der **Stromverbrauch** stieg über die betrachteten Jahre stetig. Im direkten Vergleich des Jahresverbrauchs 2004 zu 2006 ergibt sich eine annähernde Verdoppelung. Eine Einschätzung, ob es sich bei dem Jahresverbrauch 2006 lediglich um ein lokales Maximum handelt, wird durch die kommende Verbrauchsauswertung des Jahres 2007 möglich. Unabhängig davon sollten die Ursachen der Erhöhung weiter untersucht werden.

Der **mittlere Heizenergiekennwert** der Jahre **2003 bis 2006** der Schule am Annatal betrug $302,71 \text{ kWh/m}^2\text{a}$.

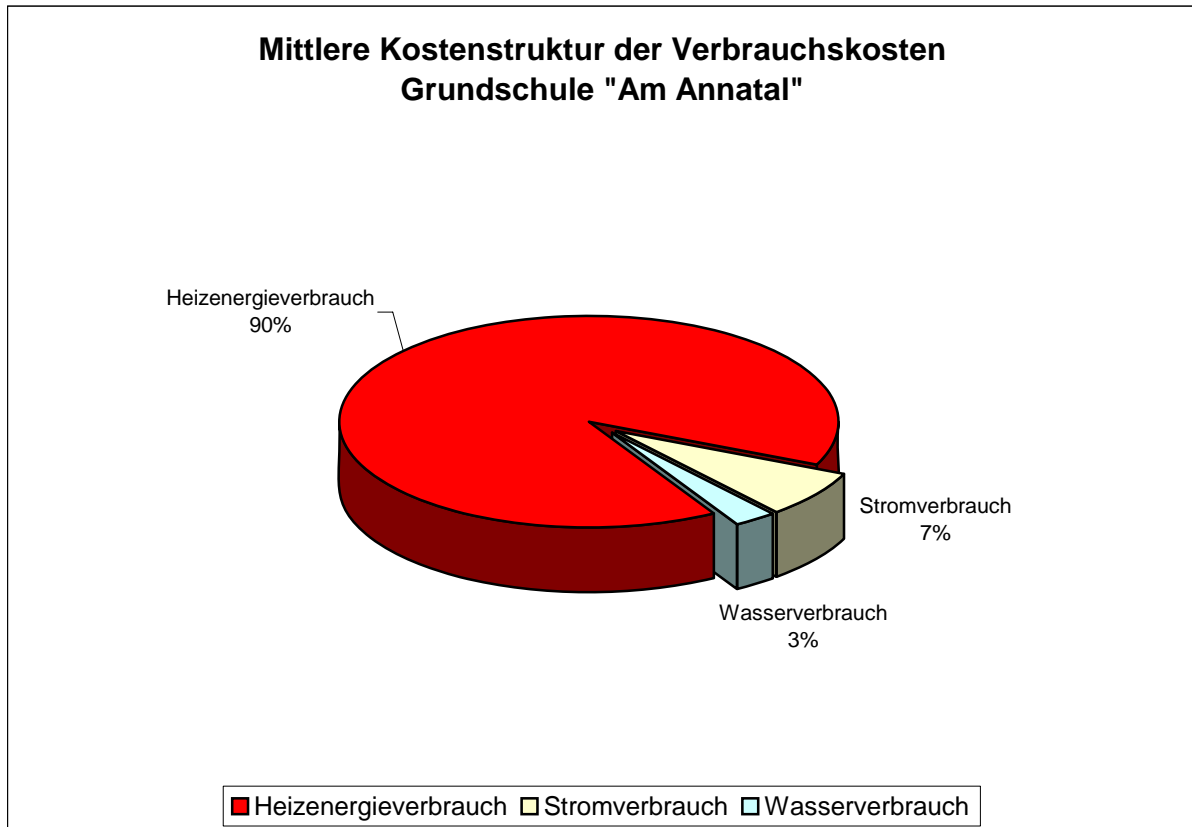
Hinweise auf Einsparpotenziale geben der für Grundschulen empirisch ermittelte **Mittelwert** (Modalwert) bzw. der **Richtwert**.

Mittelwert: $140 \text{ kWh/m}^2\text{a}$
Richtwert: $70 \text{ kWh/m}^2\text{a}$

Der **Mittelwert** repräsentiert den Kennwert bei der dichtesten Verteilung (größten Häufigkeit) der Kennwerte, die bei Grundschulen empirisch ermittelt wurden. Der **Richtwert** ist definiert als „unterer Quartilmittelwert“. Das entspricht dem arithmetische Mittel des unteren Viertels (25 %) in einer Reihe aufsteigend sortierter (empirisch bei Grundschulen ermittelter) Kennwerte.

Der **Stromverbrauchs-Kennwert** der Schule lag 2006 bei 15 kWh/m²a; der diesbezügliche **Richtwert liegt** bei 4 kWh/m².

Die Energiekosten machen den Hauptanteil der Verbrauchskosten der Schule an Annatal aus, wie das folgende Diagramm zeigt (Redlich 2008).



Es gibt zwei Haupteinflussgrößen für mehr oder weniger hohen Energie- (und Wasser-)verbrauch: Zum einen der individuelle Faktor (Bedürfnisse, Motivation und auch erlerntes bzw. erlernbares Verbrauchsverhalten) - zum anderen die zur Verfügung gestellte "Hardware", also die verfügbaren technischen Rahmenbedingungen.

Der Energieverbrauch in Schulen kann durch Erziehung zu energiebewusstem Verhalten (richtiges Lüften, Temperaturregulierung, Abschalten von Beleuchtung nach Verlassen der Räume ...) gesenkt werden. Leider ist es bisher (der Stadtverwaltung) nicht gelungen, Schulen in Strausberg für die Beteiligung an dem in Deutschland verbreiteten „50%-Modell“ zu gewinnen, bei dem die beteiligten Schulen 50% der eingesparten Energiekosten für Schulprojekte ausgezahlt bekommen⁷⁶.

Bei Sanierungsmaßnahmen zur Senkung des Energieverbrauches sollte ein Optimum von Sanierungskosten und einzusparenden Verbrauchskosten erreicht werden. Auch aus ökologischer Sicht ist es sinnvoll, mit möglichst geringen Kosten einen möglichst hohen ökologischen Effekt (z.B. Minderung der durch Gebäudeheizung bedingten klimaschädlichen (CO₂-)Emissionen) zu erreichen.

⁷⁶ Beitrag von Frau Bärmann (Fachgruppenleiter Bautechnik in der Stadtverwaltung) bei der 16. Beratung des Lokale Agenda-Beirates Bauen und Umwelt am 07.11.2007

Der Agenda-Beirat Bauen und Umwelt hat die Stadtverwaltung gebeten, jährlich einen Fortschrittsbericht hinsichtlich der Energiepässe in kommunalen Gebäuden zu geben⁷⁷.

Es bietet sich an, diese Berichterstattung auch auf Liegenschaften des Wohnungsunternehmens der Stadt zu erweitern, um den Stand bei der Verwirklichung der anspruchsvoller werdenden Klimaschutzziele (der EU und Deutschlands) in Strausberg zu erörtern.

3.5.1.3 Möglichst hohe Integration benachteiligter Gruppen

Die unterschiedlich hohe Teilnahme verschiedener sozialer Gruppen am öffentlichen Leben zeigt sich nicht zuletzt im Freizeitbereich sehr deutlich. Ob erste Schritte in Richtung Integration und Chancengleichheit für ausländische Mitbürger/innen gelungen sind, kann am Anteil aktiver Mitglieder mit Migrationshintergrund in ausgewählten Vereinen abgelesen werden.

Indikator: Anteil von aktiven Mitgliedern mit Migrationshintergrund in Vereinen

Als Personen mit Migrationshintergrund gelten hier Personen, die selbst (1. Generation) oder deren Eltern (2. Generation) nach Deutschland eingewandert sind. Auch Spätaussiedler aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion gelten als Personen mit Migrationshintergrund, obwohl diese automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft haben.

Gewählt wurden drei Vereine aus den verschiedensten Bereichen des Lebens und damit der Interessen. Befragt wurden die Zuständigen der Vereine AWO⁷⁸, NABU⁷⁹ und KSC⁸⁰. Anhand des Namens oder durch Kennen des Mitglieds wurde festgestellt, ob ein Migrationshintergrund vorlag oder nicht.

Beschreibung:

Für die Entwicklung einer Stadt ist es sehr wichtig, dass sich auch zugewanderte Bürger wohlfühlen und integrieren können.

In Strausberg haben immerhin 5 % aller Bürger/innen einen Migrationshintergrund⁸¹. Der mitgliederstärkste Verein in Strausberg ist der Kultur- und Sportclub (KSC). Rund 2,4 % der Mitglieder des Vereins sind Mitglieder mit Migrationshintergrund. Die Eingliederung in die Gesellschaft ist nicht nur auf Berufsebene, sondern auch auf der Sozialebene wichtig. Um Bekanntschaften zu machen, eignen sich besonders Vereine, weil hier gemeinsame Interessen verbinden. Besonders der KSC versteht sich auf die Einbeziehung der Bürger/innen mit Migrationshintergrund. Im Judo-Bereich findet ein kleineres Projekt zur sportlichen Betreuung junger Ausländer statt, das im Jahr 2007 im Stadtbereich Hegermühle stattfand – dem Stadtgebiet mit dem höchsten Migrantenanteil. Bei der Arbeiterwohlfahrt und dem Naturschutzbund Strausberg sind keine Mitglieder mit Migrationshintergrund gemeldet.

⁷⁷ Festlegungsprotokoll der 16. Beratung des Lokale Agenda-Beirates Bauen und Umwelt am 07.11.2007

⁷⁸ Telefongespräch mit der Infostelle des AWO

⁷⁹ E-Mail-Kontakt mit Herrn Türschmann, Vorsitzender des NABU

⁸⁰ Gespräch mit Herrn Zobel, Geschäftsführer des KSC

⁸¹ Integrationskonzept-Beschluss 04.10.2007, erhältlich auf <http://www.stadt-strausberg.de/content/rubrik/51>

3.5.2 Gesamtbewertung Freizeit und Bildung

Das Gemeindegebiet von Strausberg ist gut mit Flächen für Freizeit und Erholung ausgestattet. Die Naturschutzgebiete haben z.T. überregionale Bedeutung. So weist das Naturschutzgebiet „Herrensee, Lange Dammwiesen und Barnimhänge“ auf vergleichsweise engem Raum eine standörtliche Mannigfaltigkeit geologischer, geomorphologischer und hydrologischer Gegebenheiten auf, die in Brandenburg ihresgleichen sucht und bietet Lebensräume für zahlreiche geschützte und vom Aussterben bedrohte Pflanzen- und Tierarten. Große Bedeutung für die naturnahe Erholung auf Strausberger Gemarkung hat das Landschaftsschutzgebiet „Strausberger und Blumenthaler Wald- und Seengebiet“. Strausberg muss darauf achten, dass geplante Erweiterungen von Siedlungsflächen so durchgeführt werden, dass geschützter Freiraum nicht in Mitleidenschaft gezogen wird. Positiv ist hervorzuheben, dass es 2007 gelang, mehr Bäume als öffentliches Grün zu pflanzen als in den Jahren 1997 – 2003 insgesamt.

Erhebungen zum Energieverbrauch in der Grundschule „Am Annatal“ lassen die Schlussfolgerung zu, dass es bei den öffentlichen Gebäuden im Bereich Bildung und Erholung erhebliche Energieeinsparpotenziale gibt. Sie zu erschließen, ist ein Gebot der ökonomischen Vernunft und des Klimaschutzes. Dazu tragen technische Maßnahmen, aber auch Veränderung des Verhaltens bei. Die Schulen sollten sich für das 50 %-Modell interessieren, das andersorts in Brandenburg (z.B. Potsdam) positive Ergebnisse erbracht hat.

Ob erste Schritte in Richtung Integration und Chancengleichheit für ausländische Mitbürger/innen bei Freizeit und Erholung gelungen sind, kann am Anteil aktiver Mitglieder mit Migrationshintergrund in ausgewählten Vereinen abgelesen werden. In Strausberg haben immerhin 5 % aller Bürger/innen einen Migrationshintergrund⁸². Der mitgliederstärkste Verein in Strausberg ist der KSC, in dem 2,4 % aller Mitglieder mit Migrationshintergrund sind. Bei der AWO und dem NABU Strausberg sind keine Mitglieder mit Migrationshintergrund vorhanden.

4 Wiedererhebungsintervalle der Indikatoren

Mit dem Nachhaltigkeitsbericht wurden Indikatoren erhoben, die zum größeren Teil nicht in der amtlichen Statistik von kreisangehörigen Städten vorgesehen sind. Daraus resultierte ein relativ hoher Aufwand. Einige Indikatoren lassen Entwicklungstrends nur erkennen, wenn die Erhebung in größerem zeitlichem Abstand erfolgt. Aus diesen Überlegungen ergeben sich die nachfolgend empfohlenen Erhebungsintervalle. Sie berücksichtigen auch, dass durch das INSEK bereits Indikatoren zur regelmäßigen Erhebung vorgegeben werden, die vorrangig auf die Verfolgung der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung ausgerichtet sind.

⁸² Integrationskonzept-Beschluss 04.10.2007, erhältlich auf <http://www.stadt-strausberg.de/content/rubrik/51>

Grundbedürfnisse	Ziele	Indikatoren
Wohnen	Wohnen bei möglichst geringer Lärmbelastung	Äquivalenter Dauerschallpegel (von 65 dB (A) tags bzw. 55dB (A) nachts)
	Sparsamer Umgang mit Flächen	<ul style="list-style-type: none"> • Baulandzunahme/Ew • Wiedernutzung der Brachen
	Möglichst energiesparendes Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil energieeffizienter Gebäude max. 60 (Neubau) bzw. 80 (Altbau) kWh/m² und Jahr • CO₂-Freisetzung bei der Stromerzeugung in der Kommune
	Erschwinglicher Wohnraum für möglichst alle	Durchschnittlicher örtlicher Mietpreis (Mietpreisindex)
	Möglichst geringe Kriminalität	Kriminalitätshäufigkeitszahl (Straftaten/1000 EW im Jahr)
Mobilität	Möglichst klimafreundliche Mobilität	Anteil des Umweltverbundes auf allen Schulwegen
	Zugang zu zentralen Einrichtungen für möglichst alle	Anteil Einwohner/innen, die in Mindestnähe zu wichtigen Einrichtungen des täglichen Lebens wohnen
Einkommen	Möglichst umweltschonende Produktion und Beschäftigung	Ökologisch bewirtschaftete Fläche
	Möglichst flächensparende Arbeitsplätze	Auslastungsquote vorhandener Gewerbegebiete
	Zugang zu Verantwortung und Einfluss	Anteil Frauen in Führungspositionen (Kommune)
	Zugang zu selbsterwirtschaftetem Einkommen für möglichst alle	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitslosenquote • (Anteil der) Bezieher von Grundsicherungsleistungen
Versorgung	Konsum mit möglichst geringem Material- und Ressourcenverbrauch	<ul style="list-style-type: none"> • Siedlungsabfall- und Wertstoffaufkommen/Ew; Verwertungsquote • Einsatz von Recyclingpapier in der Stadtverwaltung • Trinkwasserverbrauch der privaten Haushalte (einschließlich Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen)
	Konsum möglichst ohne Ausbeutung ärmerer Länder	Umsatzentwicklung von Eine-Welt-Produkten eines Eine Welt- und Bioladens
	Möglichst hohe Betreuungsqualität für Kinder	Ganztägige Betreuungsplätze für Kinder nach Alter im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kinder

Freizeit und Bildung	Möglichst hoher Erholungswert der örtlichen Landschaft und Schutz örtlicher Naturflächen	<ul style="list-style-type: none"> • Unter Schutz gestellte Fläche in % der Gemarkung • Qualität von Badegewässern in Strausberg und Umgebung • Neuanpflanzung von Bäumen im öffentlichen Raum pro Jahr
	Energiesparen bei Bildung und Freizeitgestaltung	Heizenergie- und Stromverbrauch in einer kommunalen Bildungseinrichtung
	Möglichst hohe Integration benachteiligter Gruppen	Anteil von Mitgliedern mit Migrationshintergrund in Vereinen

	jährliche Wiedererhebung
	periodische Wiedererhebung
	Wiedererhebung bei Bedarf

Wenn Energiepässe für kommunale Gebäude vorhanden sind, könnten Heizenergie- und Stromverbräuche auch jährlich überprüft werden.

5 Schlusswort und Ausblick

Ein Nachhaltigkeitsbericht soll in erster Linie Orientierung bieten. Deshalb stellt er nur einen vereinfachten Ausschnitt der komplexen Wirklichkeit dar. Er soll dabei helfen, das, was der "gesunde Menschenverstand" möglicherweise ahnt, anhand ausgewählter Anzeiger zu überprüfen, gegebenenfalls zu bestätigen oder auch zu widerlegen.

Für die Entwicklung zu Ungunsten des einen oder anderen Schutzgutes sind immer mehrere Faktoren verantwortlich. So sind politische und individuelle Entscheidungen das Ergebnis von Werthaltungen, und sie sind Modeströmungen ebenso ausgesetzt wie finanziellen Sachzwängen. Ergebnis der Analyse wird nicht in jedem Fall die perfekte Synergie aus kommunaler Gesellschafts- und Umweltpolitik sein.

Nachhaltige Entwicklung ist nicht in erster Linie ein Zustand, sondern vielmehr ein Such- und Lernprozess. Die integrierte Betrachtung von Grundbedürfnissen und natürlichen sowie gesellschaftlichen Schutzgütern in diesem Bericht (in Anlehnung an das „Projekt 21“ aus Rheinland-Pfalz) soll mit dazu beitragen, dass für die kommunale Entwicklung in Strausberg die nötige integrierte Sicht verstärkt und aus Kompromissen von heute Win-Win-Lösungen für morgen entstehen.

Für den Umgang mit dem vorgelegten Bericht (im Einklang mit der Umsetzung und Weiterentwicklung der Lokalen Agenda 21 in Strausberg) wird vorgeschlagen:

- Vorstellung der Eckpunkte des Berichtes im Beirat Bauen und Umwelt und in der Lenkungsgruppe der Lokalen Agenda 21 unter Leitung des Bürgermeisters
- Behandlung ausgewählter Aufgabenstellungen im Beirat – ggf. unter Einbeziehung externen Sachverständigen und externer Akteure zwecks Beratung von Stadtverordneten
- Ergänzung der jährlichen Agenda-Sachstandsberichte („zyklisches Nachhaltigkeitsmanagement“)

6 Literatur- und Quellenverzeichnis

Im gesamten Bericht als konzeptioneller bzw. inhaltlicher Rahmen verwendete Literatur:

- [1] „Nachhaltigkeit messen und konsequent handeln – Der Nachhaltigkeitsbericht“, ICLEI, (Hrsg.), 2004
- [2] „Nachhaltiges Neuenburg, Nachhaltigkeitsbericht der Verbandsgemeinde Neuenburg 2005“, Verbandsgemeinde Neuenburg (Hrsg.), 2005
- [3] „Nachhaltiges Zweibrücken, Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zweibrücken 2005“, Kreisfreie Stadt Zweibrücken (Hrsg.), 2005

Spezielle Literatur bzw. Quellen in den Kapiteln:

1 Vorwort und 2 Beschreibung der Methode

- [1] Amtsblatt für die Stadt Strausberg Nr. 10, Jahrgang 10. In: Neue Strausberger Zeitung vom 21.12.2001, S. 6
- [2] ÖKO-DATA GmbH: Bericht „Zukunft 2020 und die Bestimmung von Nachhaltigkeitsindikatoren“, LA 21 Petershagen-Eggersdorf, 2007, S. 2, 3
- [3] Internetportal Nachhaltigkeit in Brandenburg (www.la21bb.de)
- [4] „Unsere gemeinsame Zukunft“, Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Staatsverlag 1988
- [5] Wirtschaftsorientiertes Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Stadt Strausberg. complan Gesellschaft für Kommunalberatung, Planung und Standortentwicklung mbH, Potsdam 2007

3.1 Wohnen

- [1] Angermünder Mietspiegel 2005, <http://www.angermuende.de/neu/buergerservice/mietspiegel.htm>
Angepasster Mietspiegel 2004, erhältlich auf http://www.das-grundeigentum.de/mietspiegel/msp_strausberg.pdf
http://luaplms01.brandenburg.de/laermkart_www/pdf/12064472NU.pdf
- [2] Bericht von Herrn Wunderlich (Fachgruppenleiter Wirtschaftsförderung in der Stadtverwaltung) zur Energieinitiative Strausberg /Stand der Umsetzung bei der Förderung erneuerbarer Energie in der 16. Beratung des Lokale Agenda-Beirates Bauen und Umwelt am 07.11.2007
- [3] Bericht zu den Lärmkarten für die Stadt Strausberg; Stadtverwaltung Strausberg (Mitteilung O. Grau, 2007)
- [4] Berliner Mietspiegel 2005, http://www.mieterschutzbund-berlin.de/4_1.html
- [5] Festlegungsprotokoll der 16. Beratung des Lokale Agenda-Beirates Bauen und Umwelt am 07.11.2007
- [6] Mietspiegel von Strausberg aus den Jahren 2001 und 2005, erhältlich auf: <http://www.stadt-strausberg.de/content/rubrik/49> und <http://www.stadt-strausberg.de/stadt/mietspiegel3.pdf>
- [7] Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz/Landesumweltamt Brandenburg: Umweltdaten aus Brandenburg. Bericht 2007

- [8] Neue Strausberger Zeitung, 18.01.08, Nr. 1, 17. Jahrgang, „Energieausweise für kommunale Einrichtungen und ein gesamtstädtisches Konzept zum Einsatz regenerativer Energien“, S. 2
- [9] Polizeiliche Kriminalstatistik 2004, 2006, erhältlich auf www.internetwache.brandenburg.de
- [10] Strategische Lärmkarte gemäß Richtlinie 2002/49/EG. Stadt Strausberg. Überschreitung $L_{NIGHT} = 55 \text{ dB(A)}$
- [11] Strategische Lärmkarte gemäß Richtlinie 2002/49/EG. Stadt Strausberg. Überschreitung $L_{DEN} = 65 \text{ dB(A)}$, http://luaplms01.brandenburg.de/laermkart_www/pdf/12064472TU.pdf

3.2 Mobilität

- [1] Amtliches Gutachten des Deutschen Wetterdienstes Klimabeurteilung 15344 Strausberg, Potsdam 12. Januar 2006

3.3 Einkommen

- [1] Amtliches Gutachten des Deutschen Wetterdienstes Klimabeurteilung 15344 Strausberg, Potsdam 12. Januar 2006
- [2] Bericht der Stadt Strausberg über ihre Beteiligungen an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts – Fortschreibung 2007
- [3] Märkischer Markt, 09./10.01.2008, „Arbeitslosenzahl gestiegen“, Seite 1 und 3
- [4] Wirtschaftsorientiertes Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Stadt Strausberg. complan Gesellschaft für Kommunalberatung, Planung und Standortentwicklung mbH, Potsdam 2007
- [5] Zukunftsfähige Kommune. Wettbewerb und Kampagne zur Unterstützung der Lokalen Agenda 21, Wettbewerbsjahr 2003/2004. Ergebnisse von Strausberg. Deutsche Umwelthilfe e.V. 2004

3.4 Versorgung

- [1] BGW News April 2007; zit. nach: Amtsblatt f. d. Stadt Eberswalde, Ausgabe 5/2007, S. 12
- [2] Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MLUV): Daten und Informationen zur Abfallwirtschaft 2006, S. 65
- [3] Landesumweltamt Brandenburg: Umweltdaten aus Brandenburg. Bericht 2005, S. 196
- [4] MLUR: Daten und Informationen zur Abfallwirtschaft 2000; 2001
- [5] MLUV: Daten und Informationen zur Abfallwirtschaft 2002/2003
- [6] MLUV: Daten und Informationen zur Abfallwirtschaft und Bilanz besonders überwachungsbedürftiger Abfälle 2004
- [7] Ökologischer Vergleich von Büropapieren in Abhängigkeit vom Faserrohstoff. Studie, IFEU Heidelberg 2006
- [8] Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Bericht zur Bestandsaufnahme für das Land Brandenburg (C-Bericht). Landesumweltamt Brandenburg 2005, S. 113
- [9] Woidke, D.: Einheit für Vielfalt oder zu einigen aktuellen Fragestellungen der Naturschutzpolitik des Landes Brandenburg. Rede auf der Landesvertreterversammlung des NABU Brandenburg in Potsdam am 17.11.2007

3.5 Freizeit und Bildung

- [1] Amtliches Gutachten des Deutschen Wetterdienstes Klimabeurteilung 15344 Strausberg, Potsdam 12. Januar 2006
- [2] Ausweisung von Badegewässern und Badestellen im Land Brandenburg 2005, Bekanntmachung des MASFG vom 12. April 2005, Amtsblatt für Brandenburg – Nr. 16 vom 27. April 2005, S. 512, 513
- [3] Brandenburgisches Naturschutzgesetz (BbgNatSchG), 2004, §§ 21/22
- [4] Festlegungsprotokoll der 16. Beratung des Lokale Agenda-Beirates Bauen und Umwelt am 07.11.2007
- [5] Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen
- [6] Handout zum Vortrag „Grundlagenbildung für den Einsatz regenerativer Energien“, Dipl.-Ing. (FH) Bernd Redlich, 2007
- [7] Integrationskonzept-Beschluss 04.10.2007, erhältlich auf <http://www.stadt-strausberg.de/content/rubrik/51>

5 Schlusswort und Ausblick

- [1] ICLEI – Local Gouvernements for Sustainability, Europasekretariat (Hrsg.): Kommunen steuern in eine nachhaltige Zukunft. Handbuch Projekt21. Einstieg in ein zyklisches Nachhaltigkeitsmanagement, Freiburg 2007

Weitere Quellen für die im Bericht enthaltenen Daten sind unmittelbar bei der Beschreibung der einzelnen Indikatoren angegeben.

Wir danken Mitarbeitern folgender Institutionen für gewährte Informationsgespräche, bereitgestellte Daten und sonstige Unterstützung bei der Erarbeitung des Berichtes:

Amt für Landwirtschaft des Landkreises Märkisch-Oderland
AWO (Arbeiterwohlfahrt) Strausberg
EWE AG Geschäftsregion Brandenburg/Rügen, Strausberg
Eine-Welt-und-Bioladen Strausberg
Finanzamt Strausberg
Theodor-Fontane-Gymnasium Strausberg
KSC (Kultur- und Sportclub) Strausberg
LUA: Landesumweltamt Brandenburg
MLUV: Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
NABU (Naturschutzbund)-Ortsgruppe Strausberg
Polizeiwache Strausberg, Führungsstelle I, Schutzbereich
Stadtverwaltung Strausberg
Stadtwerke Strausberg
Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Märkisch-Oderland
Wasserverband Strausberg-Erkner